



DER FREIHEITSKÄMPFER

Organ der Kämpfer für Österreichs Freiheit

39. JAHRGANG

JUNI 1987

NUMMER 2

Lebenslüge Österreichs 1945? – Verdrängung statt Trauerarbeit?

Bald nach dem Zusammenbruch des 1933 vom gewählten deutschen Reichskanzler Adolf Hitler errichteten Dritten Reiches erklärte sich die demokratische Bundesrepublik Deutschland (BRD) als dessen staatlicher Rechtsnachfolger, führte sich für das begangene Unrecht des NS-Regimes anderen gegenüber wiedergutmachungspflichtig und erhob den Anspruch, der einzige legitime deutsche Staat zu sein.

In wiedererstandenen befreiten Österreich hingegen war die Ausgangslage anders: Der Bundesstaat war 1938 von den Hitler-Truppen besetzt worden, es folgte die Annexion Österreichs am 13. März 1938, und auch der Name wurde in weiterer Folge ausgelöscht. Die Staatsgründer der Zweiten Republik Österreich waren durchwegs ehemalige KZ-Inassen und politisch Verfolgte als potentielle und zum Teil auch aktive Gegner des Hitler-Regimes gewesen.

Einige Zeitgeschichtler, Politologen und Journalisten des Inlands (!) werten uns Österreichern nun vor, wir hätten die Vergangenheit verdrängt und uns die „Lebenslüge“ aufgebaut, nicht Hitlerdeutschlands „Mittäter“, sondern sein erstes Opfer gewesen zu sein. Die Deutschen der BRD hätten nach und seit dem Krieg „Trauerarbeit“ geleistet, die Österreicher leider nicht!

Dazu nimmt Theodor Faulhaber in seiner Abhandlung „Österreich, Deutschland, Schuld und Sühne“ im Sammelwerk „Die Kampagne“, Herbig-Verlag

1987, ausführlich und zutreffend wie folgt Stellung und behauptet entschieden (Auszug):

– Die Tatsache des Widerstandes Österreichs gegen Hitlerdeutschland 1934 und das Faktum, daß Österreich beim „Anschluß“ nur der Gewalt wich, ließen Österreich seinen Politikern der ersten Stunden nach dem Zweiten Weltkrieg guten Gewissens eher als „Opfer“ denn als „Täter“ erscheinen.

– Österreich hat entnazifiziert.
– Österreich hat an die Alliierten Reparationen geleistet, erbrachte und erbringt Zahlungen an Opfer des Faschismus, speziell an Juden. Letzteres hat beispielsweise die DDR als Nicht-Rechtsnachfolger des Dritten Reiches immer abgelehnt. Im Unterschied zur BRD hat Israel an Österreich nie offi-

zielle Wiedergutmachungsforderungen gestellt.

– Eine Betonung der Mittäterschaft hätte die Position Österreichs gegenüber den Alliierten untergraben und die Bestrebungen, zu einer vertraglich garantierten Unabhängigkeit und Freiheit zu gelangen, kontaminiert.

– Aus dem Staatsvertrag wurde die Mitschuld Klausel in letzter Minute gestrichen.

Zeitgeschichtler, Politologen und Journalisten müßten statt rufschädigender Äußerungen noch mehr positive Beiträge für die wilfbegierige Jugend von heute über folgende Themen liefern: Staatswiderstand Österreichs gegen die NS-Bedrohung vor 1938, Verfolgung und Leiden österreichischer Patrioten unter dem NS-Regime von 1938 bis 1945, Widerstand und Freiheitskampf in diesen Jahren und gemeinsamer Wiederaufbau Österreichs nach 1945!

Ein jetzt manifestierter Rest nazistischer Ideologie soll keine Chance zur weiteren Ausbreitung finden. Ein Antisemitismus in einem Land ohne Juden ist auch ein Bodensatz einer derart abschaulichen Ideologie. Für die Sensibilität der Angehörigen des von den Nationalsozialisten grausamst verfolgten jüdischen Volkes müssen wir Verständnis zeigen, wenn von Nazi-Grauein die Rede ist, die auch neuerlich drohen könnten! Jede Art Antisemitismus, ob religiöser, wirtschaftlicher oder rassistischer, ist zu vermeiden und von allen zu bekämpfen, die für Demokratie, Humanismus, Menschenrechte, Toleranz und Verständigung eintreten. Auch eine derartige „Trauerarbeit“ müssen wir Österreicher noch ehrlich und willig ausführen!

~JW~

Achtung!

URLAUBSSPERRE

Das Sekretariat der Bundesleitung und des Landesverbandes Wien in Wien 8, Laudongasse 16, ist

**vom 6. Juli 1987
bis einschließlich
7. September 1987**

geschlossen.

Dringende Anfragen bitten wir **schriftlich** an das Sekretariat zu richten. Ein Journalistenstempel für die Weiterleitung bzw. Bearbeitung der Anfragen sorgen.

Dr. Hubert Jurasek

An die Schriftleitung der „Furche“

Die Nummer 19 Ihrer Zeitschrift vom 8. 5. 1987 veranlaßt mich, Ihnen innerhalb eines Monats zum zweiten Mal zu schreiben. Schon die Kankatur „Fällige Reparatur“ auf Seite 1 hatte ich nach allem, was bisher veröffentlicht ist, in einer Zeitung, die sich österreichisch nennt, für unangebracht. Auch die Ausführungen auf Seite 3 „Die falschen Nutznießer“ und „Puntaner und Moralisten“ kann ich nicht unwiderrprochen lassen.

Waldheim war seit über 42 Jahren im österreichischen Diplomatendienst, ja sogar Außenminister und schon einmal Kandidat für die österreichische Bundespräsidentenwahl sowie durch zwei Amtsperioden, also über ein Jahrzehnt, Generalsekretär der UNO mit Amtssitz in New York. Hat sich damals niemand mit Waldheims Vergangenheit, insbesondere während des Krieges befaßt?

Erst 1987, also 42 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, kam eine Sonderkommission des US-Justizministeriums nach mehr als einjähriger Nachforschung zu dem Ergebnis, Waldheim sei auf Grund seiner Tätigkeit während des Zweiten Weltkriegs auf die sogenannte Watch-List als Kriegsverbrecher zu setzen. Zutüßig deckt sich die Beginn der Nachforschungen und deren Ergebnis mit dem Beginn und Inhalt einer Presse-Kampagne, die im Zusammenhang mit den letzten Bundespräsidentenwahlen in den USA von gewissen Kreisen entfesselt worden ist. Ebenso zutüßig haben diese Kreise dann die Entscheidung des US-Justizministers, Waldheim auf die Watch-List zu setzen, was einem Einreiseverbot gleichkommt, als mäßig begrüßt. Kann bei solchen „Zutüßigkeiten“ von einem unbefüllten, objektiven Vernetzungspunkt gesprochen werden?

Eine als Einreiseverbot anzusehende fremdenpolizeiliche Maßnahme hat nach der österreichischen Rechtsordnung durch einen schriftlichen Bescheid zu erfolgen, gerichtet an den Betroffenen. In der Begründung dieses Bescheides sind die Ergebnisse des Ermittlungsverfahrens, die bei Beweiswürdigung maßgebenden Erwägungen und die darauf gestützte Beurteilung der Rechtsfragen klar und übersichtlich zusammenzufassen (§ 80 AVG). Im übrigen ist gemäß Art. 6 Abs. 2 der Europäischen Menschenrechtskonvention, die in Österreich Verlesungspflicht hat, jedermann so lange als unschuldig anzusehen, solange seine Schuld nicht durch die hierzu zuständigen Organe festgestellt ist.

Nicht nur auf Grund obiger Ausführungen fällt es mir schwer anzunehmen, die Maßnahme des US-Justizministers richte sich nur gegen Waldheim als Privatperson, ist doch im selben Artikel davon die Rede, die Amerikaner setzten besonders hohe Maßstäbe an demokratiegeheime Staatsoberhäupter. Auch glaube ich kaum, daß es in den USA gesetzlich vorgeschrieben oder auch nur üblich ist, fremdenpolizeiliche Maßnahmen gegen Privatpersonen der gesamten Weltpresse bekanntzugeben.

Bundesleitung

Kuratoriumssitzung – Hauptversammlung mit Neuwahlen

Die Mitglieder des Kuratoriums der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten trafen am Donnerstag, dem 23. April 1987, im Klubzimmer des ÖAAB, Laudongasse 16, zu einer Sitzung und zur Hauptversammlung mit Neuwahl der nach dem Statut erforderlichen Funktionäre zusammen. Alle Landesverbände waren vertreten.

Bundesobmann Bundesrat a. D. Reg.-Rat Eduard PUMPERNIG eröffnete die Sitzung und begrüßte die Teilnehmer. Es wurde des seit der letzten Sitzung verstorbenen Kameraden Hofrat Dr. Carl T. SWECENY, Landesobmann von Kärnten, gedacht, der sich durch Jahrzehnte für die Kameradschaft viele Verdienste erworben hatte. Kamerad PUMPERNIG erklärte hierauf seinen Rücktritt als Bundesobmann aus privaten Gründen und übergab den Vorsitz dem Bundesobmann-Stellvertreter Kamerad Ing. Karl SERSCHEN, Landesobmann von Oberösterreich. Dieser dankte Kamerad PUMPERNIG, mit ihm seit dem befristeten gemeinsamen Todesmarsch vom Wiener Landesgericht nach Stein an der Donau im April 1945 verbunden, für die Verdienste um die Kameradschaft als Politiker und Landesobmann der Steiermark.

Es folgte der Bericht des Kassiers, Kamerad Franz FORSTER, dem auf Antrag der Rechnungsprüfer Kamerad Oberschulrat Gertraud JEDLICZKA und Kamerad Robert POLLAK die Entlastung mit Dank erteilt wurde. Die finanziellen Mittel des Verbandes sind gering und machen zur Aufrechterhaltung des laufenden Betriebs und des Sekretariats eine sparsame Gebarung erforderlich.

Für die vorzunehmende Neuwahl der Funktionäre lag ein einziger Wahlvorschlag vor, der durch alle stimmberechtigten Teilnehmer angenommen wurde. Es wurden gewählt:

Bundesobmann: Vizepräsident i. R. Mag. Dr. Hubert JURASEK

1. Bundesobmann-Stv.: Dir. Ing. Karl SERSCHEN

2. Bundesobmann-Stv.: Oberschulrat Anton SATTLER

Kassier: Franz FORSTER

Schriftführer: Rosa SZALAY

Diese vier Funktionäre bilden auch den Beirat laut Statuten.

Zu Rechnungsprüfern wurden vom Kuratorium gewählt:

Oberschulrat Gertraud JEDLICZKA und Robert POLLAK.

Es folgte noch eine Wahl in folgende Institutionen:

ÖF-Kommission im BM f. soz. Verw.: Vizepräsident Mag. Dr. Hubert JURASEK
Kuratorium für das Befreiungs-Ehrenzeichen: Camillo HEGGER

Kontrolle im DÖW: Franz FORSTER

Der neugewählte Bundesobmann übernahm den Vorsitz, und die Berichte der Landesobmänner folgten. Für Burgenland referierte Oberschulrat SATTLER eine kontinuierliche organisatorische Tätigkeit. Für Kärnten referierte Reg.-Rat Ing. JARITZ, der den neuen Landesobmann Primarius Dr. Georg LEXER vorstellte; er wies vor allem auf die seit Jahren gute Zusammenarbeit auch mit den Verfolgtenverbänden im Land und in den Nachbarstaaten hin, die alljährlich das „Alpe-Adria-Treffen“ veranstalten. Für Niederösterreich berichtete WHR i. R. Dr. KERMER, der besonders auf soziale Aktionen für bedürftige Mitglieder hinwies. Für Oberösterreich konnte Ing. SERSCHEN über gemeinsame Veranstaltungen der Opferverbände im Rahmen der politischen Bildung für die Jugend und die Aktivitäten um den Ausbau von Gedenkstätten berichten. Für Salzburg referierte Kamerad PRODIGER und später noch Oberschulrat Georg FELBER, der auf die schwierige Lage des Verbandes im Land Salzburg und auf die mangelnde Unterstützung durch die ÖVP-Landesparteiung seit längerer Zeit aufmerksam machte.

Die Fernsehendung „Der Zwiebelturn“ hatte mit der Dokumentation des Leidensweges des patriotischen Planers Andreas Rieser den Terror der Nationalsozialisten nach der Machtübernahme deutlich aufgezeigt, nur wurden leider einige Stellen aus dem ursprünglichen Film aus Schönerungsgründen herausgeschnitten. Für Tirol berichtete Dir. Ing. Fritz SEISTOCK über die Zusammenarbeit der Tiroler Opferverbände und klagte über Schwierigkeiten mit der ÖVP-Landesparteiung hinsichtlich des Wunsches nach Anbringung eines Briefkastens der Kameradschaft der politisch Verfolgten an der Parteizentrale.

Für Vorarlberg referierte Mag. Dr. KEKEIS, dessen Landesverband auch die Verfolgten anderer Gesinnung erfasst und vertritt. Für Wien referierte zuletzt Kamerad HEGGER über die zahlreichen Aktivitäten des Landesverbandes intern und über die Tätigkeit als Zeitzeugen und in den verschiedenen Institutionen und Organisationen in Wien.

Fortsetzung Seite 3

Vizepräsident des VwGH in Ruhe Mag. Dr. Hubert Jurasek



Der neugewählte Bundesobmann und Obmann des Landesverbandes Wien der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten wird mit seinem Lebenslauf und seinem Bildungsweg vorgestellt: Hubert JURASEK wurde am 4. Mai 1920 in Wien als Sohn eines selbständigen Hutmachers geboren, besuchte die Volksschule Lange Gasse und das Piaristengymnasium in Wien-Josefstadt und maturierte dort im Frühjahr 1938. Schon als Volksschüler trat er den christlich-deutschen Tütern bei und als Mittelschüler dem „Katholisch-deutschen Studenten-Bund“ (KDSB) im Reichsbund. Im Ständestaat wurde er Mitglied des „Studentenfreikorps“ im Österreichischen Jungvolk der Vaterländischen Front.

Viele Burschen dieses Studentenfreikorps waren in den Märztagen 1938 zum bewaffneten Widerstand gegen den Hitlermarsch und die Nazifizierung bereitgestellt, mußten aber schließlich resignieren und in den Untergrund gehen. Eine der ersten illegalen Jugendgruppen bildete sich aus Mitgliedern des ehemaligen „Österreichischen Jungvolks“ und insbesondere aus dem Studentenfreikorps. Die Führung übernahm Alfred ELLINGER, dessen Deckname „Eisen“ der organisierten Widerstandsgruppe auch den Namen gab, und Hubert JURASEK gehörte zum Kern der Gruppe.

Fortsetzung von Seite 2:

Im Tagesordnungspunkt Allgemeine Aussprache wurden die geplanten Veranstaltungen im Gedenkjahr 1988 erörtert, die auf Bundesebene und in den Ländern bisher vorgesehen und bekannt sind. Nähere Informationen darüber sind noch ausstehend. Das Schlußwort hatte der neugewählte Bundesobmann. Er stellte sich vor, gab seine Absichten für die künftigen Funktionsausübungen bekannt und hoffte auf tatkräftige Unterstützung. Als erfahrener Höchsttrichter auch im Opferbürogerecht kann er allen Opfern der NS-Verfolgung mit Rat und Hilfe zur Seite stehen!

Die Studenten stellten Flugblätter her, streuten und verteilten sie. Sie beschädigten auch Schaukästen des rassistischen Hetzblattes „Der Stürmer“, wiederholt verprügelten sie auch HJ-Angehörige. Die Gestapo verhaftete ab dem 9. Juni 1938 Aktivisten dieser „Gruppe Eisen“. Hubert JURASEK war vom 9. bis 20. Juli 1938 als Gestapohäftling im Polizeigefängnis Wien und vom 20. Juli 1938 bis 20. Jänner 1939 Untersuchungshäftling für den Volksgerichtshof im Landesgericht. Auf freien Fuß entlassen, war er wehrunwürdig, studienunwürdig und vermittlungsunwürdig!

Im Mai 1940 wurde Hubert JURASEK wieder wehrwürdig, die Musterung und die Einberufung folgten prompt. Zuerst war er dem Artillerieregiment 109 zugeteilt, später wurde er zur Sanität überstellt. Im Osteinsatz kam er bis Stalingrad, kam aber mit Hepatitis noch rechtzeitig aus dem Kessel heraus und verbrachte weitere sechs Monate in einem Heimatlazarett.

Als Genesender war Hubert JURASEK zunächst „garnisonsverwendungsfähig Heimat“ (gvH), bis die Aktionen des Generals Unruh einsetzen und alle halbwegs Tauglichen für den Kriegeinsatz und Frontdienst ausgemustert wurden. JURASEK kam zur

„Kroatischen Ausbildungsbrigade“ im Standort Tulln und fand dort Anschluß an die militärische Widerstandsgruppe um Dr. Georg ZIMMER-LEHMANN, die im Frühjahr 1945 bei der Befreiung Österreichs sehr aktiv mitwirkte. Von 1945 bis 1948 konnte JURASEK das Juststudium an der Universität Wien zügig absolvieren und schloß es mit der Promotion zum Dr. jur. ab. Er trat am 1. November 1948 in den Konzeptsdienst bei der Bundespolizeidirektion Wien ein und wurde vorerst einem Kommissariat und dann der Staatspolizei bei Dr. Peterlunger zugeteilt. Vom 1. Jänner 1958 bis 31. Dezember 1966 war Dr. JURASEK Stadthauptmann des Bezirkspolizeikommissariats Wien-Josefstadt, zuletzt Oberpolizeist. Am 1. Jänner 1967 wurde Dr. JURASEK zum Hofrat des Verwaltungsgerichtshofs ernannt, rückte am 1. Jänner 1978 zum Senatspräsidenten auf und wurde im Oktober 1984 auch Vizepräsident des Verwaltungsgerichtshofs, bis er am 31. Dezember 1985 in den Ruhestand übertrat. Für seine immer vorbildliche dienstliche Tätigkeit erhielt Vizepräsident JURASEK viele hohe staatliche Auszeichnungen, zuletzt das Große goldene Ehrenzeichen mit Stern, verliehen. Für seine Verdienste um die Befreiung Österreichs von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft wurde ihm das Befreiungs-Ehrenzeichen verliehen.

-Dr. Josef Windisch-

Politisch Verfolgte und Kriegsopfer fordern Sicherung des Invalideneinstellungsgesetzes

50.000 Arbeitsplätze für Behinderte gefährdet

Der Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer, die ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten, der KZ-Verband und die Kriegsopfer- und Behindertenorganisation Österreichs forderten in Vorschüssen ihrer Vertreter (OAR BLAU, Franz FORSTER, Vizepräsident I. R. Dr. JURASEK, LAbg. Dr. SOSNINSKI, Friederike KRENN und Bundesrat a. D. Friedrich KARRER) beim Obmann des Sozialausschusses des Nationalrats, Abgeordneter HESOUN (SPÖ), und bei Sozialsprecher der ÖVP, Abgeordneter SCHWIMMER, die Sicherung eines bundeseinheitlichen Invalideneinstellungsgesetzes. Die Verfassungsbestimmung dieses Gesetzes läuft mit 31. 12. 1989 aus. 50.000 schwerbehinderte Österreicher würden den Schutz dieses Gesetzes verlieren, ihr Arbeitsplatz wäre gefährdet, wenn nicht rechtzeitig Maßnahmen zur Weitergeltung dieses wichtigen Gesetzes getroffen werden. Darüber hinaus soll ein Rahmengesetz zwischen Bund und Ländern vereinbart werden, um die Koordination der

Rehabilitation Behinderter in ganz Österreich zu gewährleisten.

Abgeordneter HESOUN erklärte, daß das Parlament schon geraume Zeit mit dem Problem des Einstellungsgesetzes befaßt war. Die Befristung der Verfassungsbestimmung müßte beseitigt werden. HESOUN sagte zu, mit Sozialminister DALLINGER zu reden, um durch Zuleitung einer entsprechenden Novelle in den Nationalrat dieses Problem positiv und rasch erledigen zu können.

Abgeordneter SCHWIMMER sagte, daß die Österreichische Volkspartei die Meinung vertritt, daß das Invalideneinstellungsgesetz weiterhin Bundesache bleiben soll. Hinsichtlich der Verfassungsbestimmung müßte eine klare Lösung gefunden werden. Auch hinsichtlich weiterer Behindertenprobleme träte die Österreichische Volkspartei für eine mit den Bundesländern allenfalls durch Staatsverträge zu erzielende befriedigende gesetzliche Lösung ein.

Opferfürsorge

Einkommensbegriff und -ermittlung

Das Bundesministerium für soziale Verwaltung hat mit dem Erlass vom 30. 1. 1987, Zahl 56.280/35/1986, an alle Ämter der Landesregierungen Richtlinien erlassen, wie die Einkommensermittlung bei der Berechnung einer Unterhaltsrente gemäß § 11 Absatz 5 Opferfürsorgegesetz (ÖFG) zu erfolgen hat. Hierbei wird eine Abstimmung mit den Vorschriften des Kriegsopferfürsorgegesetzes (KÖVG) über das anrechenbare Einkommen mit den nach dem Einkommensteuergesetz zu berücksichtigenden abzugsfähigen Ausgaben ausführlich vorgenommen. Der Text dieses Erlasses wird wegen seiner besonderen Bedeutung vollständig wiedergegeben:

Gemäß § 11 Abs. 5 ÖFG ist die Unterhaltsrente (UR) an Inhaber einer Arbeitsbescheinigung (AB) grundsätzlich auf die Dauer und in dem Ausmaß zu leisten, als deren Einkommen die Höhe der Unterhaltsrente nicht erreicht. Auf die UR ist jedes Einkommen im Sinn des § 13 KÖVG 1957 anzurechnen (Abs. 14).

Unter Einkommen im Sinn des § 13 KÖVG 1957 ist im wesentlichen die Wertsumme zu verstehen, die einer Person aus dauernden Ertragsquellen in Geld- oder Güterform zufließt und die sie verbrauchen kann, ohne daß ihr Vermögen geschmälert wird.

Der Rechtsgrund der dauernden Ertragsquelle kann verschiedener Natur sein. Er ist im Gegensatz zu einem einmaligen geringfügigen Ertrag zu verstehen. Ob die Erträge in bestimmten Zeitabschnitten regelmäßig eintreten oder nicht, ist nicht von Belang. Der Ausdruck „dauernd“ ist nicht gleichbedeutend mit „unwiderruflich“ gebraucht, sondern im Sinn von „wiederkehrend“ im Gegensatz zu einmaligen Vermögenszuflüssen (Erl. des VerGH vom 13. 10. 1954, Slg. N. F. Nr. 3518/A).

Die Vorschrift des § 13 KÖVG 1957 besagt jedoch nur, was unter Einkommen (Einkünften) zu verstehen ist, sie gibt aber nur unzureichende Richtlinien darüber, was als Ausgabe anzuerkennen ist. Der VerGH hat in seiner Rechtsprechung zu § 13 ständig darauf hingewiesen, daß die Grundzüge des Steuerrechts auf dem Gebiet der Kriegsopferfürsorge bzw. der ÖF nicht unmittelbarer Anwendung finden können, daß aber mangels ausreichender gesetzlicher Vorschriften die Grundzüge des Einkommensteuerrechts „in groben Zügen“ für die Beurteilung des Einkommens herangezogen werden können. Daraus kann jedoch nicht abgeleitet werden, daß alle im Einkommensteuerrecht als vom steuerpflichtigen Einkommen für absetzbar erklärten Einkommensposten auch für den Bereich der KÖV bzw. der ÖF als solche zu gelten haben, da den beiden Gesetzen verschiedene Zielsetzungen zugrunde liegen. Bei der Beurteilung, welche steuerlichen Absetzbeträge auch in der KÖV bzw. der ÖF als solche zu berücksichtigen sind, wird es vielmehr darauf ankommen, ob diese Einkommensposten zu den Vorschriften der KÖV bzw. der ÖF jene Beziehungen aufweisen, die sich aus der Zweckbestimmung – Sicherung des Lebensunterhalts – ergibt. Eine taxative Aufzählung der als Ausgaben anzuerkennenden WERBUNGSKOSTEN, SONDERAUSGABEN und AUSSERGEWÖHNLICHEN BELASTUNGEN, die bei der Einkommensermittlung zu berücksichtigen sind, ist mangels einer ausdrücklich gesetzlicher Regelung nicht möglich. Unter Berücksichtigung der Zweckbestimmung werden u. a. folgende Ausgaben zu berücksichtigen sein:

1. **WERBUNGSKOSTEN.** Diese sind Aufwendungen, die einer Person im Zusammenhang mit einer nicht-selbstständigen Tätigkeit erwachsen. Zu diesen Aufwendungen zählen u. a. die Kosten für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte, nicht jedoch die Mehrkosten für Fahrten mit dem eigenen Kraftfahrzeug. Diese werden durch das Kraftfahrzeugpauschale abgegolten. Ebenso absetzbar sind Ausgaben für Werkzeug und Arbeitskleidung oder für die Mitgliedschaft bei einer Berufsvereinigung (z. B. Gewerkschaftsbeiträge. Diese können von berufstätigen Arbeitnehmern und Pensionisten abgesetzt werden).

2. **SONDERAUSGABEN.** Als solche können in Betracht:

- a) Prämien zu privaten Kranken- und Unfallversicherungen oder Beiträge zu Sterbekassen, gesetzlich festgelegte Pflichtbeiträge (z. B. Umlage zur Landwirtschaftskammer, zu gesetzlichen Interessensvertretungen), soweit nicht auf Grund gesetzlicher Vorschriften für diese Zwecke bereits vorgesorgt ist (Erl. des VerGH vom 8. 5. 1964, Zl. 1970/63).
- b) Der Aufwand für Kirchenbeiträge (Erl. vom 15. 2. 1957, Zl. 2412/54).
- c) Mitgliedsbeiträge zu Opferverbänden.
- d) Beiträge für die freiwillige Weiterversicherung bei der Pensionsversicherung, wenn ein unselbständig Er-

werbstätiger aus der Pflichtversicherung infolge Arbeitsunfähigkeit (Arbeitslosigkeit) ausscheidet (Wahrung der durch die Zwangsversicherung erworbenen Rechte). (Erl. des BMS vom 13. 11. 1963, Zl. IV-86.011-19/63).

3. **AUSSERGEWÖHNLICHE BELASTUNGEN.** Diese sind Ausgaben, die einer Person zwangsläufig erwachsen und denen sie sich aus tatsächlichen, rechtlichen oder sittlichen Gründen nicht entziehen kann. Als absetzbare außergewöhnliche Belastungen – auch für alle im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienangehörige – kommen in Betracht:

- a) Kosten der Beaufsichtigung minderjähriger Kinder einer berufstätigen Witwe (Erl. vom 28. 11. 1951, Slg. N. F. Nr. 2342/A). Bezüglich auswärtiger Verpflegung der Kinder ist nur der Mehraufwand gegenüber den Kosten der Versorgung im Haushalt abzugsfähig (Erl. vom 19. 9. 1956, Slg. N. F. Nr. 474/A).
- b) Ausgaben für Kinder, die sich außerhalb des elterlichen Haushalts in Schul- oder Berufsausbildung befinden, soweit diese Ausgaben den für die Kinder im elterlichen Haushalt notwendigen Aufwand übersteigen und auch z. B. durch Stipendien nicht ausgeglichen werden. In Ausnahmefällen ist aber auch bei Schulbesuch am Wohnort die Annahme außergewöhnlicher Belastung möglich (Erl. vom 13. 11. 1964, Zl. 1078/64/3).
- c) Ausgaben für in einer Heilanstalt befindliche Kinder (Erl. vom 17. 3. 1955, Zl. 1121/53).
- d) Auslage für die Betreuung erwerbsunfähiger naher Angehöriger.
- e) Auslagen für fremde Hilfe durch Krankheit oder Altersgebrechlichkeit, soweit diese Auslagen nicht durch die Gewährung entsprechender Leistungen (z. B. Hilfenzulage) ausgeglichen werden (Erl. vom 13. 3. 1962, Zl. 204/60). Sofern eine Hilfeleistung im Rahmen der gesetzlichen Unterhaltspflicht gemäß § 154 ABGB ohne Entgeltansprüche erbracht wird, kann sie nicht abgesetzt werden (Erl. vom 29. 1. 1965, Zl. 1024/64).
- f) Durch Krankheit bedingte erhöhte Lebenshaltungskosten (Medikamentengebühren), für die ein krankenversicherungsrechtlicher Schutz nicht gegeben ist (Erl. vom 8. 5. 1964, Zl. 1970/63).

Diese Aufzählung ist nicht vollständig, es können auch weitere gleichartige Leistungen geltend gemacht und anerkannt werden.

Fortsetzung auf Seite 5

Opferfürsorge Aufnahme im Altersheim

Bei einer am 4. Februar 1987 stattgefundenen Vorschau von Vertretern der „Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer Österreichs“ beim Bundesminister für soziale Verwaltung Alfred DALLINGER wurde Klage geführt, daß viele Inhaber von Amtsbescheinigungen und Opferausweisen über lange Wartezeiten bei der Vergabe eines Platzes in einem Altersheim (Pensionistenheim) der Stadt Wien berichten.

Der zuständige Ressortminister für diesen Personenkreis wandte sich daraufhin mit dem Ersuchen an den Wiener Bürgermeister und Landeshauptmann Dr. ZILK, dafür Vorsorge zu treffen, daß dieser Personenkreis bei der Aufnahme nach Möglichkeit bevorzugt behandelt wird. In diesem Zusammenhang ist zu bemerken, daß gemäß § 6 Ziffer 2 Opferfürsorgegesetz Inhaber von Amtsbescheinigun-

gen und Opferausweisen bei staatlichen oder anderen öffentlichen entgeltlichen Zuteilungen, Vermietungen oder anderen Berechtigungen gegen Entgelt der Vorrang vor allen anderen Bewerbern zu geben ist.

Die gleiche Rechtslage gilt auch für die anderen Bundesländer. In konkreten Fällen von Anträgen um Aufnahme in Alters- oder Pensionistenheime der Länder kann daher bei zu langer Wartezeit mit dem Hinweis auf diese gesetzliche Bestimmung urgiert werden. In der letzten Sitzung des Kuratoriums der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten sind die Landesobmänner bereits darüber informiert worden.

Landesverband Wien Generalversammlung 1987 – Wahl des Landesvorstandes

Die ordentliche Generalversammlung des Landesverbandes Wien der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten wurde am Dienstag, dem 31. März 1987, um 15 Uhr im großen Sitzungssaal des ÖAAB, Wien 8, Laudongasse 16, abgehalten. Nach der Eröffnung und Begrüßung wurde der seit der letzten ordentlichen Generalversammlung am 23. Oktober 1984 insgesamt 27 verstorbenen Mitglieder gedacht. Es folgte der Tätigkeitsbericht des Vorstandes für die abgelaufene Periode. Der Bericht der Kontrolle bestätigte die ordnungsmäßige und sparsame Gekbarung, so daß die antragsgemäße Entlastung des Kassiers und des Landesvorstandes erfolgen konnte.

Für die Neuwahlen in den Landesvorstand lag ein Wahlvorschlag vor, der am 5. März 1987 vom Landesvorstand einstimmig beschlossen worden war und vom Plenum der Generalversammlung durch Abstimmung beschlossen wurde. Der neue Landesvorstand setzt sich wie folgt zusammen:

Landesobmann: Vizepräsident des VwGH i. R., Mag. Dr. Hubert JURASEK
Landesobmann-Stellvertreter: Franz FORSTER; Camillo HEGGER
Kassier: Franz FÖRSTER
Schriftführerin: OSCHRat Dr. Josefa BREUER; Beisitzer: Franz OTT; Dkfm. Hans BRUNNER; Dr. Gerhard KASTELIC; Dr. Norbert KASTELIC; Edward KÖPP; Domvikar Monsignore OSIR. Josef PINZENÖHLER.
Als Rechnungsprüfer wurden gewählt: OSCHRat Gertraud JEDLICZKA; Josef EDER.

Das Schieds- und Ehrengericht wurde ebenfalls gewählt:

Vorsitzender: WHR i. R., Dr. Josef PAUL.

Beiräte: Krim.-Oberst i. R. Ernst SPRUNG; Friederike SIECHE.
Das Schlußwort hatte der neugewählte Landesobmann Vizepräsident Dr. JURASEK, er stellte sich dann vor und gab seine Bereitschaft für die Ausübung der neuen Funktion bekannt.

Landesverband Wien Opfergedenken

Anläßlich des Jahrestages der Ereignisse um den 13. März 1938 gedachte der Landesverband Wien der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten bei einem Requiem am Donnerstag, dem 12. März 1987, in der Wiener Michaelerkirche aller Opfer des österreichischen Freiheitskampfes. Nach dem Requiem fand eine Kranzniederlegung am DACHAUER KREUZ in der Marienkapelle der Michaelerkirche statt.

Als besondere Gäste nahmen teil: Vizekanzler a. D. Dr. Fritz BOCK, Landtagspräsident Fritz HAHN, Vizepräsident des VwGH i. R. Mag. Dr. Hubert JURASEK, Landtagsabgeordneter a. D. Dr. Ferdinand HABL, Präsident des Landesarbeitsamtes i. R. Dr. Franz DANIMANN, Dr. Eva NICOLA-DOLFI-DOLFFUSS mit Tochter und andere Persönlichkeiten.

Landesverband Wien Gedenken im Juli

Der Landesverband Wien der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten gedenkt des Todestages von Bundeskanzler Dr. ENGELBERT DOLLFUSS durch eine Kranzniederlegung am Grab des Verewigten am Hietzinger Friedhof am Samstag, dem 25. Juli 1987.

Treffpunkt der Teilnehmer: 9.30 Uhr, Hietzinger Friedhof, Eingang Maxingstraße 15.

Am Sonntag, dem 26. Juli 1987, wird um 9.30 Uhr in der Volkkirche für Dr. Engelbert DOLLFUSS und die mit ihm gefallenen Kameraden eine Gedenkmesse zelebriert.

Um zahlreiche Teilnahme wird gebeten.

Landesverband Kärnten Neuer Landesobmann

Nach dem plötzlichen Tod unseres Landesobmanns HR Dr. Carl SWEENEY wurde Herr Primarius Dr. Georg LEXER in der Hauptversammlung am 6. Februar 1987 einstimmig zum Obmann der Landesgruppe Kärnten gewählt.

Dr. LEXER wurde am 2. Mai 1922 in Wieting in Kärnten geboren. Schon als junger Student war er als Aktivist ge-

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 4:

Die außergewöhnliche Belastung muß von der Partei ziffernmäßig nachgewiesen werden, eine Absetzung von Pauschalbeträgen ist nicht zulässig. Die Ämter der Landeseregierungen werden eingeladen, bei der Berechnung einkommensabhängiger Leistungen (Teil-UR und gekürzte Beihilfen) auf die Möglichkeit der Absetzung bestimmter Ausgaben Bedacht zu nehmen und die Parteien über ihre allfälligen Rechte eingehend zu beraten.

Im Sinn einer zeitgemäß verstandenen Sozialhilfe erscheint es zweckmäßig, von seiten der Behörde für eine möglichst umfassende Information des in Betracht kommenden Personenkreises zu sorgen. Es wird daher empfohlen, unter Zugrundelegung dieses Erlasses Informationen vorzubereiten und an alle Bezirke von gekürzten einkommensabhängigen Leistungen nach dem OFG zu versenden. Im Fall besonders betagter oder behinderter Parteien wird es sich als zweckmäßig erweisen, diese in Form von Hausbesuchen zu kontaktieren (wie das im übrigen bereits in einigen Bundesländern vorbildlich geschieht), um auch sie in die laufende Aktion miteinzubeziehen. Die Parteien wären einzuladen, ihre Werbungskosten, Sonderausgaben und außergewöhnlichen Belastungen geltend zu machen und zur möglichen Beschleunigung der Verfahren die erforderlichen Nachweise vorzulegen.

Für den Bundesminister:
Dr. Ernst

Fortsetzung von Seite 5:

gen den Nazistat im Widerstand tätig. Seine erste Verurteilung zur Gestapo erfolgte bereits im Jahr 1943 als sechszehnjähriger Österreicher.

Im Jahr 1943 wurde er durch die Gestapo verhaftet und wegen Vorbereitung zum Hochverrat angeklagt, zugleich mit seinem Bruder und seiner Mutter. Im Februar

1945 wurde er neuerlich von einem Frontboot der Kriegsmarine weg verhaftet. Durch glückliche Umstände gelang ihm die Flucht von der Nordseeküste in die Kärntner Berge. In einer Höhle auf der Saualpe hielt er sich verborgen.

Seine Mutter ist 1944 nach langer Gestapohaft unmittelbar nach ihrer Entlassung an den Haftfolgen gestorben.

Sein Vater kam am 13. März 1938 in Gestapohaft und im Herbst 1938 in das KZ Buchenwald, wo er im August 1941 im dortigen Bunker ermordet wurde.

Dr. LEXER ist Mitglied seit Gründung unserer Kameradschaft, jedoch an Jahren der Jüngste in unseren Reihen. Er ist seit Jahrzehnten Primarius des Sanatoriums „Maria Hilf“ in Klagenfurt und eine hervorragende Persönlichkeit in Stadt und Land. Er ist Vater von fünf Kindern, welche alle schon als Ärzte tätig sind.

Wir hoffen und wünschen es, daß er viele Jahre die Geschicke unserer Landesgruppe leiten wird.

Landesverband Oberösterreich Ökonomierat Johann BLÖCHL, Landeshauptmannstellvertreter i. R., ist gestorben

Unser Gründungsmitglied und Leidensgefährte starb nach langem, schwerem Leiden am 5. April 1987 im 92. Lebensjahr.

Sein arbeitsreicher Lebensweg ging über den Fronteinsatz im Ersten Weltkrieg am russischen und italienischen Kriegsschauplatz, wo er in den schweren Isorosskämpfen heldenhaft seinen Mann stellte – über die politische Verfolgung durch die Nazi-Machthaber – bis zu den verantwortungsvollen Aufgaben für den Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg.

BLÖCHL begann seine politische Laufbahn vorerst in seiner Heimatgemeinde Lasberg bei Freistadt als Gemeinderat, dann als Mitglied des oberösterreichischen Landtages und später Abgeordneter zum Nationalrat.

Im März 1938 wurde er von den Nazis aller politischer Ämter entbunden und verbrachte 17 Monate hinter Kerkermauern. Grund für seine Inhaftierung war seine ehrenhafte Standhaftigkeit gegenüber den Gestapo-Schergen, die Namen der Mühviertler Freiheitskämpfer (Gruppe Dr. Kastelic) zu nennen. Unbeschreibliche Torturen mußte er deshalb über sich ergehen lassen und die lange unmenschliche Haft erdulden. Mit dem Ende des „1000jährigen Reiches“ begann für Ök.-Rat BLÖCHL jene große Zeit der politischen Aufgaben.

Als erfahrener Bauer und Agrarpolitiker wurde ihm für die Zeit der russischen Besetzung des Mühviertels das Amt des „Staatsbeauftragten für das Mühviertel“ übertragen.

Seiner Gradlinigkeit und seinem diplomatischen Geschick gegenüber der russischen Besatzungsmacht ist es zu verdanken, daß viele Schikanen und schwere Bedrückungen, denen damals die Bevölkerung ausgesetzt war, gemildert oder verhindert werden konnten. Dieser selbstlose Einsatz auf diesem verantwortlichen politischen Posten trug BLÖCHL seitens seiner Mitbürger den ehrenvollen Namen „Vater des Mühviertels“ ein.

Später als Obmann des Oberösterreichischen Bauernbundes, Agrarlandesrat, Präsident der Landeshauptmannstellvertreter für Oberösterreich und schließlich Landeshauptmannstellvertreter wirkte Ök.-Rat BLÖCHL stets zum Wohle der oberösterreichischen Bauernschaft. Mit Stolz blicken wir auf die Leistungen unseres Kameraden BLÖCHL, dem treuen und aufrechten österreichischen Patrioten, dessen Heimgang in eine bessere Welt wir tief betrauern. Eine unübersehbare Menschenmenge gab ihm das letzte Geleit – sein erfolgreiches Wirken für unser Vaterland macht ihn vor der Geschichte Österreichs unvergessen. K. S.

Landesverband Burgenland Josef SATTLER in Illmitz gestorben

Wie erst jetzt bekannt wurde, ist der Gastwirt i. P. Josef SATTLER am 24. Dezember 1986 verstorben. Er stand im 78. Lebensjahr.

Mit ihm ist der letzte der drei Sattler-Brüder, die in der NS-Zeit viel Leid und Schikanen erdulden mußten, aus dieser Welt abgerufen worden. Hofrat Ulrich SATTLER, der über die Grenzen des Landes hinaus bekannt und hoch

geachtet war, ist am 5. September 1982 gestorben, der älteste Bruder, Jakob, starb am 25. März 1984, und nun folgte ihnen der jüngste Bruder Josef nach. Im Tode sind sie wieder vereint. Gott schenke ihnen die ewige Ruhe!

Stotzing: Frau Maria TSCHANK gestorben

In Stotzing starb nach langem Leiden am 9. April 1987 Frau Maria TSCHANK im 85. Lebensjahr.

Sie war die Witwe des 1962 verstorbenen Altbürgermeisters Michael TSCHANK, der als aufrechter Österreicher von den Nationalsozialisten verfolgt wurde und viele Monate im KZ Mauthausen leiden mußte. Er war Inhaber einer Amtsbescheinigung.

Nun ist die Heimgegangene wieder mit ihrem Mann vereint. Gott schenke ihnen die ewige Ruhe!

Komm.-Rat Karl AUGUSTA zum Gedenken

Am 15. März 1987 starb in Eisenstadt nach langer Krankheit Kommerzialrat Karl AUGUSTA im 89. Lebensjahr. Um ihn trauern Frau und Tochter, die ihn bis zuletzt aufopfernd betreuten.

Viele Freunde, darunter Landeshauptmann a. D. Prof. Lentsch und Bundesminister a. D. Hofrat Soronics, gaben am 20. März dem allseits bekannten und beliebten Bürger der Landeshauptstadt das letzte Geleit. Die Totenmesse hielt der Präses der Kolpingfamilie, Oberstudienrat Prof. Dr. Emerich Karl Horvath, der in seiner gehaltvollen Ansprache dem unermüdeten, gradlinigen Funktionär des Gesellenvereins, der späteren Kolpingfamilie, dankte. Für die Handelskammer sprach Innungsmeister Annerl Worte des Gedenkens. Im besonderen würdigte Bürgermeister Labg. Korbatis die Verdienste des Verstorbenen als langjähriger Gemeinde- und Stadtrat, der die Interessen der Gewerbetreibenden erfolgreich vertrat.

Komm.-Rat AUGUSTA machte noch zwei Jahre den 1. Weltkrieg mit und erhielt die silberne Tapferkeitsmedaille. Als aufrechter Österreicher mußte er 1938 Haft und Verfolgung auf sich nehmen. Trotzdem mußte er auch im 2. Weltkrieg einrücken. Nach 1945 stellte er sich ganz in den Dienst des Wiederaufbaus im Stadtrat und als Innungsmeister der Tischler, Stadt, Handelskammer und Land verliehen ihm hohe Auszeichnungen.

Karl AUGUSTA war auch Inhaber eines Operascheines. Eine starke Abordnung der ÖVP-Kameradschaft politisch Verfolgter begleitete ihn auf seinem letzten Weg.

R. L. P.

Dokumentationsarchiv (DÖW)

Jahresversammlung 1987

Am 11. März 1987 fand im Gemeinderatssaal des Wiener Alten Rathauses die traditionelle Jahresversammlung des österreichischen Widerstands (DÖW) statt. Kammerchauspielerin Elisabeth ORTH rezitierte aus dem Buch von Rudolf KALMAR „Zeit ohne Gnade“ über Weihnachten in Dachau. Für die musikalische Untermalung sorgte ein Streichtrio mit Musik von Joseph HAYDN. Die Festrede hielt DÖW-Vizepräsident Vizekanzler a. D. Dr. Fritz BOCK, in der er nicht nur auf das Schicksal Österreichs in den letzten fünf Jahrzehnten einging, sondern sich auch mit brennenden Gegenwartsfragen befaßte. Wir geben einen Auszug daraus wieder:

„Als vor 49 Jahren in den Abendstunden des 11. März 1938 Kurt von SCHUSCHNIGG mit seiner erschütternden und unvergesslichen Rede das Ende des Kampfes um die österreichische Unabhängigkeit bekanntgab, weinten wir alle, denen diese österreichische Freiheit ein Herzensanliegen gewesen ist. Ich wähle mit Absicht diesen starken Ausdruck, denn wir wissen, daß über die Gräber und Gräben des Februar 1934 hinweg sich die Gegner von einst schon auf der Dachauer Lagerstraße die Hände reichten, um das Vaterland zu retten. Es ist daher eine Lüge, wenn behauptet wird, daß die Erste Republik ein Staat war, den keiner wollte.“

Gewiß war der Zusammenbruch von 1918 der Anlaß dafür, daß man an die Lebensfähigkeit eines Landes nicht recht glauben wollte, von dem der große Österreich-Hasser CLEMENCEAU das beschämende Wort sagte: „L'Autriche c'est qu'il reste!“ Gewiß auch wollten im Laufe der Geschichte der Ersten Republik, insbesondere seit 1933, viele ein anderes Österreich; aber ebenso wollten gewiß alle, abgesehen von der nationalsozialistischen Minderheit, die Freiheit des Landes. Ebenso gewiß ist aber – auch das muß gesagt werden –, daß die Aufrechterhaltung der parlamentarischen Demokratie dem Machtwahn des Nationalsozialismus keinen Einhalt geboten hätte.

Das Schicksal Österreichs war längst beschlossene Sache. Wir kennen das sogenannte „Hossbach-Protokoll“ über die in der Reichskanzlei am 5. November 1937 stattgefundene Sitzung, in der der sogenannte Führer feststellte, daß – ich zitiere – zur Lösung der deutschen Frage es nur den Weg der Gewalt geben könne“. Das vier Monate später besiegelte Schick-

sal der Tschechoslowakei ist der historische Beweis dafür. Ebenso gewiß ist es aber auch – und heute von keinem Historiker mehr bestritten –, daß die für den 13. März 1938 geplante Volksabstimmung ein überwiegendes Bekenntnis zu Österreich gebracht hätte. Da das in Berlin auch bekannt gewesen ist, schlug man eben an jenem 11. März mit militärischer Gewalt zu.

Wir waren uns lange Zeit nicht des Faktums bewußt, daß die Österreicher in ihrer Gesamtheit eine Nation bilden. Der Begriff einer Nation war damals stark durch das Element der Sprache definiert, was auch zu der, wie ich wenigstens glaube falschen Definition eines zweiten deutschen Staates führte. Erst mit dem von Engelbert DOLLFUS wieder aufgegriffenen altösterreichischen Ruf „Österreich über alles, wenn es nur will!“ verbreitete sich die Erkenntnis, daß der Begriff einer Nation über alle Sprachgrenzen hinaus im Bekenntnis zum gemeinsamen Staat definiert werden muß. Daß wir am 8. Mai 1945 das als eine Selbstverständlichkeit ansehen konnten, war in Wirklichkeit die Basis der Zweiten Republik ...

Das Dokumentationsarchiv hält die Erinnerung an den Widerstand aufrecht, den Österreicher dem Untergang ihrer Heimat entgegengesetzt haben. Dabei war dies kein Widerstand in nur theoretischer oder programmatischer Form, sondern einer, der mit dem Einsatz von Gesundheit und Leben geleistet wurde. Wir weihen uns mit aller Deutlichkeit dagegen, wenn man diesen Widerstand nicht zur Kenntnis nehmen will! Er fand in dem seinen Ausdruck, was uns die Liste der Opfer der nationalsozialistischen Zeit verkündet, und nicht oft genug kann man diese Zahlen nennen: 2700 Personen wurden aus politischen Gründen hingerichtet, in den Konzentrationslagern sind schätzungsweise rund 100.000 Österreicher eingesperrt worden, wovon 16.000 infolge der Lagerhaft gestorben sind. Wir bringen aber auch unsere tiefe Trauer für die 65.000 österreichischen Opfer des Holocaust zum Ausdruck ...

Es bleibt aber noch eine Aufgabe bestehen: Damit sich solche Dinge niemals wieder ereignen können, machen wir Front gegenüber dem politischen Extremismus, ob er von rechts oder links kommt. Unsere Republik ist auf dem Grundsatz der Toleranz aufgebaut. Wir wären der parlamentarisch-demokratischen Ordnung nicht würdig, wenn wir die Freiheit der Personen nicht in den Mittelpunkt unserer Tätig-

keiten stellten. Wir kämpfen mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln gegen Strömungen und Richtungen, die die demokratische Freiheit nur dazu zu benützen versuchen, um sie schließlich wieder abzuschaffen. Es gilt das Wort: „Wehret den Anfängen!“ ...

Der österreichischen Generation von heute darf der Vorwurf mangelnder Geschichtsbewußtheit nicht gemacht werden! Wenn es dennoch geschieht, so sind wir Alten die ersten, die das zurückweisen müssen. Wir standen immer zu Österreich, auch vor heute 49 Jahren, als uns die ganze Welt im Stich gelassen hat. Solange wir leben, werden wir zu unserem österreichischen Vaterland stehen ... Ohne Österreichs Freiheit und Unabhängigkeit kann der Friede in der Welt nicht bestehen. Was vor nun fast einem halben Jahrhundert geschehen ist, ist der Beweis für diese Feststellung!“

So treffend die Feststellungen und Thesen dieser Ansprache unseres Ehrenbundesobmannes Dr. Fritz BOCK für unsere Gessinnungsgemeinschaft aus verstanden wurden, mißfielen einige Thesen Festgästen anderer Gessinnung.

-JW-

NS-Opfer
Rudolf KALMAR

Quelle: DÖW, Programmblatt der Jahresversammlung 1987.

KALMAR, 1900 in Wien geboren, Doktor der Staatswissenschaften, war von 1922 bis 1938 Redakteur bzw. seit 1934 nichtpolitischer Chefredakteur des linksliberalen „Wiener Tag“ sowie des Montagblattes „Der Morgen“. Weil KALMAR für „jüdisch-freimaurerische Blätter“ geschrieben habe und weil seine antifaschistische und österreichische Geisteshaltung bekannt war, gehörte er zu jenen 150 Häftlingen, die am 1. April 1938 im sogenannten „Prominententransport“ von Wien nach Dachau verschickt wurden.

Während der sechseinhalb Jahre, die KALMAR im Konzentrationslager verbrachte, gelang es ihm, einige Lieder – teilweise mit Melodie – und sowohl den Text als auch die Melodie für ein komisch-schausches Ritterstück in 3 Akten zu verfassen, das am 13. Juni 1943 unter der Gesamtleitung des Mithätighs Viktor MATEJKA in Dachau aufgeführt wurde. KALMAR nannte sein Stück „Die Blutrache auf dem Schreckenstein“ oder „Die wahre Liebe ist das nicht“ und schrieb 1946 darüber: „Wir benützten ein Ritterstück als Vorwand für eine Hitler-Parasifage. Ganz Dachau schmunzelte, und die Kommandantur sah wohlwoll-

Fortsetzung auf Seite 8

Fortsetzung von Seite 7:

lend darüber hinweg. Es zeigte sich, daß im Dritten Reich nichts unmöglich war, wenn man nur die bestechende Form und den einwandfreien Vorwand bereit hatte." Nach 41 Jahren wurde das Stück in Deutschland verfilmt.

Nachdem KALMAR im Herbst 1944 der Straßdivision „Dirlwanger“ zugeteilt worden war, lief er zur Roten Armee über.

Im Juli 1946 erschien das Buch „Zeit ohne Gnade“, mit dem KALMAR seine inneren Erlebnisse im Konzentrationslager verarbeitete. Er beschrieb Dachau, als seine Erinnerung noch frisch war, in erschütternder und aufwühlender Weise.

KALMAR hatte in Dachau den so oft im Zusammenhang mit dem Entstehen der Zweiten Republik zitierten „Geist der Lagerstraße“ erlebt und als „schönste Frucht“ des Konzentrationslagers das „gemeinsame Bekenntnis aller zur Weltanschauung der Menschlichkeit“ empfunden.

Seit 1958 bzw. 1960 war KALMAR Präsident des Presseclubs Concordia und Leiter des Literarischen Büros der Bundestheaterverwaltung.

Er starb 1974.

DÖW-Wanderausstellung „Studenten im Widerstand 1934–1945“

Am 20. Mai 1987 um 17 Uhr wurde diese vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) in Zusammenarbeit mit der Österreichischen Hochschülerschaft hergestellte Wanderausstellung über den Widerstand und die Verfolgung von Studenten Österreichs in den Jahren 1934 bis 1945 im Internationalen Studentenheim Döbling, 1190 Wien, Gymnasiumsstraße 85, Clubraum des Hauses C, vorgestellt. Bei dieser Eröffnung referierten der Geschäftsführer des Studentenheimes Mag. Peter SOSWINSKI, das Vorstandsmitglied des DÖW Abg. a. D. Dr. Ludwig SOSWINSKI und der Wiener Amtsführende Stadtrat für Kultur Franz MRKVICKA. Diese Veranstaltung war sehr gut besucht, insbesondere viele Studenten nahmen teil. Die Ausstellung ist in Döbling bis Ende Juni 1987 – bei freiem Eintritt – von Montag bis Sonntag, 10 bis 18 Uhr geöffnet. In Zukunft steht diese Ausstellung auch anderen Studentenheimen, Universitäten und sonstigen Interessenten kostenlos zur Verfügung.

Auf 15 Wandtafeln wird viel bislang un-

publiziertes Material gezeigt: Fotos, Gerichtsurteile, Gestapo-Tagesberichte, Flugblätter, Plakate, aber auch Interviewauszüge, die ein anschauliches Bild aus der Sicht der Betroffenen ergeben sollen. Die ersten Tafeln zeigen einleitend die Situation an den Hochschulen und Universitäten von 1918 bis 1934, antisemitische Tendenzen aufweisend, deutsch-nationale Ausschreitungen dokumentierend und auf Maßnahmen gegen sozialistische und kommunistische Studenten verweisend. Die Wandtafeln über die Zeit 1934 bis 1938 bringen Dokumente und Zeitungsausschnitte über die Verfolgung von links gesinnten Studenten und Organisationen nach der Errichtung des Ständestaates.

Viel Neues zeigen die Wandtafeln über die NS-Zeit von 1938 bis 1945. Besonders interessant sind die 2 Wandtafeln mit dem Titel „Widerstand katholischer Studenten“, die speziell die „österreichische Freiheitsbewegung“ behandeln. Es scheinen hier auf: Dr. Jakob KASTELIC, Hans-Georg HEINTSCHEL-HEINEGG, Karl Roman SCHÖLZ, Herbert CHRISTIAN, Herbert CRAMMER, Walter CRAMMER, Hedwig BODENSTEIN, Alois HRADIL, Peter SCHRAMKE, Hubert GÖLLER, Herbert ZIEGLER, Franz MARTIN und

Fortsetzung auf Seite 9

X Die Bank am Michaelerplatz

Anlage- und Vermögensberatung • Sparanlagen, Vermögensgutachten, gestrichliches und anonymes Prämiensparen • An- und Verkauf sowie Verwaltung von Wertpapieren • Raiffeisen-Rentenfonds • Fondsgeld-Anlage • Namensschuldverschreibungen • Kassenheime und Kassenabfertigungen • Geschäftsbüro • Abschluß von Raiffeisen-Reisepausen und -Versicherungen • Giroanfragen • Durchführung von In- und Auslandsüberweisungen • Einzug von Wechseln, Schecks und Rechnungen • Gehälter, Löhne- und Pensionenkonten • Kredite und Darlehen, Privatkredite • Abschluß von Raiffeisen-Leasinggeschäften • Außenhandelservice und Unternehmensservice sowie Abschluß von Factoringgeschäften • Diskontierung von Wechseln • Auslands-korrespondenzen • An- und Verkauf von Werten und Dividenden • Diners Club, Eurocard, Visa, europäische, Reichsbank- • Nach-Testament, Lebensversicherungen und Schließfächer • Verkauf von Gold- und Silbermünzen sowie Medaillen • Beratung in allen Geldfragen



Zentralinstitut des Raiffeisen-Geldsektors
**GENOSSENSCHAFTLICHE
ZENTRALBANK AG**

Zentralen:

1010 Wien, Herrengasse 1 • ☎ 66 62 - 1040 Wien, Schwarzenbergplatz 11

Zweigstelle: 1031 Wien, Zentralviehmarkt St.Merk, ☎ 78 87 61 • Expositur: 1030 Wien, Innvißelstraße 17, ☎ 72 58 06

Mitglied
der
UNICO
Bankengruppe

Fortsetzung von Seite 8:

noch andere bekannte Namen. Das „Lied von der Gerechtigkeit“, Text SCHOLZ und Melodie von Eberhard WÜRZL, sticht hervor. Auf zwei weiteren Tafeln mit dem Titel „Überparteilicher Widerstand“ wird die Gruppe KÜHNEL-MEITNER dargestellt. Die Widerstandsgruppen aus dem österreichischen Jungvolk werden auf Bildern gezeigt. Hubert JURASEK, Walter JAMBOR und Hugo PEPPER scheinen darunter auf. Gerade dieser mehr- und überparteiliche, organisierte Widerstand ist bisher wenig dokumentiert worden und daher sehr aufschlußreich. Der Besuch dieser Ausstellung lohnt sich! Das Interesse an dieser Wanderausstellung wird sicher groß sein und so einen bedeutenden Beitrag für die Bildung in Zeitgeschichte liefern!

-JW-

Eröffnung der Gemäldeausstellung „Auch Dinge haben ihre Tränen“ des Malers Herbert FRIEDL am 12. Mai 1987 in der Lagerbaracke des ehemaligen KZ Mauthausen

Der Obmann der Österreichischen Lagergemeinschaft Mauthausen Hans MARSALEK konnte bei der Eröffnung Landeshauptmann Dr. Josef RATZENBÖCK, Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Karl GRÜNNER, Bezirkshauptmann Winkl. Hofrat Dr. Johann ZWICKMAIR und weitere prominente Vertreter von Behörden, Ämtern und Schulen begrüßen.

Zahlreiche einstige Leidensgefährten, an der Spitze Dr. Ludwig SOSWINSKI und die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der Opferverbände Oberösterreichs Alfred FRANZMAYR, Adolf OBERMÜLLER, Josef ROSENBERGER und Karl SERSCHEN nahmen an der Eröffnung teil.

Vor Beginn der Feier legten sie in Erinnerung an die am 5. Mai 1945 erfolgte Befreiung des KZ durch die US-Armee einen Kranz beim Denkmal nieder.

Die Ausführungen von Landeshauptmann und seinem Stellvertreter und dem Künstler seien hier kurz wiedergegeben:

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. GRÜNNER verwies bei seiner Ansprache auf das gemeinsam ertragene Leid von Österreichern verschiedener politischer Überzeugung, welches heute zur Zusammenarbeit der zwei großen Parteien betrug und somit zu einem gegenseitigen Verstehen führte.

Landeshauptmann Dr. RATZENBÖCK gab in seiner Rede einen allgemeinen Überblick auf die Geschichte verschiedener Völker, wobei er die vielfach erfolgten Unmenschlichkeiten anpran-

gerie. Abschließend appellierte er an das Gewissen und das Herz der Österreicher, damit sich so eine Ära der Grausamkeit nie mehr wiederholen möge.

Zum Verständnis seiner eindrucksvollen Bilder wollen wir den jungen Künstler Herbert FRIEDL zu Worte kommen lassen:

Ich liebe und arbeite in jener Landschaft in der ich geboren wurde – im Mühlviertel. Auf Grund meines Geburtsdatums gehöre ich jener Generation an, die vom „Dritten Reich“ unbelaßt heranwuchs. Unsere Geschichte ist auch die Geschichte unserer Eltern und Großeltern. Wir tragen an dem, was sie erlitten, zufügten oder duldeten. 1938–1945 – ein Geschichtsabschnitt mit Ereignissen, die gerne verdrängt oder verflämmt werden.

„Finis Austriae“ statt „AEIOU“?

Kaiser Friedrich III., als Habsburger Friedrich V., hatte 58 Jahre in Innerösterreich, 53 Jahre als deutscher König und 41 Jahre als römischer Kaiser regiert, bis er 1493 in Linz starb. Seiner Unterschrift pflegte er die fünf Buchstaben „AEIOU“ hinzuzufügen, deren Deutung in mehreren Versionen überliefert wurde. Am bekanntesten und brauchbarsten wurde wohl die Auslegung als Wahlspruch Friedrichs III.: „Austria est in orbis ultima“, frei übersetzt mit „Österreich wird bestehen bis zum Ende der Welt“.

Zweifel am ewigen Bestande Österreichs traten erst ernsthaft in der Mitte des 19. Jahrhunderts mit dem Nationalismus im deutschen Raum auf. Am 18. Mai 1848 erfolgte der Zusammenritt der konstituierenden deutschen Nationalversammlung in der St.-Pauli-Kirche in Frankfurt am Main; die Erzherzog Johann von Österreich zum Reichsverweser wählte.

Der Historiker und Führer der Tschechen, Franz PALACKY, schrieb damals, daß ein deutscher Nationalstaat über kurz oder lang zum „Finis Austriae“ und zur Vorherrschaft der russischen „Universalmonarchie“ in Europa führen müsse. Obwohl er viele Zustände in der Donaumonarchie scharf kritisierte, meinte er aber doch, daß man Österreich, wenn es nicht schon bestünde, schaffen müsse.

Die Donaumonarchie wurde schließlich durch die kleindeutsche Lösung nicht in den deutschen Nationalstaat aufgenommen und blieb als eine Art „Vereinigte Nationen“ im mitteleuro-

peischen Raum weiterhin bestehen, in den bestellenden Regierungen schienen die Vertreter aller Nationalitäten abwechselnd auf. Nach dem Ersten Weltkrieg zerfiel wohl der Vielvölkerstaat unter Habsburgs Krone, aber die Republik Österreich entstand und mußte ihre bezweifelte Lebensfähigkeit als selbständiger Staat erst eringen und beweisen. Der Nationalsozialismus, seine Idee eines Großdeutschlands und besonders seine Expansionspläne um einen Lebensraum im Osten bedrohten das kleine Nachbarland Österreich. Es konnte seinen Untergang oder seine „Heimführung“ ins Reich im Jahre 1934 noch aus eigener Kraft abwehren, aber doch nur hinauschieben bis zu den unheilvollen Ideen des März 1938. Der unbehinderte Einmarsch der deutschen Truppen und der „Anschluß“ schienen nun doch das Ende Österreichs – „Finis Austriae“ – bewirkt zu haben.

Im Gedenkjahr 1978 – 40 Jahre nach der Annexion – veröffentlichte Franz DANIMANN (über den Europaverlag das Buch „FINIS AUSTRIAE“ mit dem Untertitel „Österreich, März 1938“, das viele Beiträge von Zeitzeugen verschiedener politischer Gesinnung und von Historikern enthält, im kommenden Gedenkjahr 1988 – 50 Jahre nach dem doch nicht endgültig gewordenen Ende Österreichs – kann auch diese Publikation zur besseren Kenntnis der Umstände dienen, die zu diesem tragischen März 1938 führten, und auch eigene Erinnerungen daran auffrischen und bestätigen!

Diese Bilder rufen zur Besinnung und zum Nachdenken über die Zeit des Nationalsozialismus auf, als der Name „Österreich“ ausgelöscht war.

Die Ausstellung ist vom 14. Mai bis 26. Oktober 1987 täglich von 8 bis 18 Uhr im Lager Mauthausen zu besichtigen.

K. S.

-JW-

Franz Hauf

Vorrang für Leben und Gesundheit

Der Mensch steht im Vorfeld aller Überlegungen und darf nicht durch sinnlose Kriege oder Atomkraftwerke geopfert werden und zu gesundheitlichem Schaden kommen. Sicher ist, daß Tschernobyl ein Unglücksfall war, der auch Österreich in Mitleidenschaft gezogen hat.

An den Grenzen unseres Landes haben wir auch Atomkraftwerke, und wo steht geschrieben, daß diese durch menschliches Versagen oder technische Gebrechen bedingt, den Ausstoß von Schad- und Giftstoffen verhindern können, die auch uns finanziellen und gesundheitlichen Schaden zufügen würden? **Wo sind die Sicherheitsbestimmungen und die damit verbundene Schadloshaltung gegenüber den Verursachern?**

Vorrang für Leben und Gesundheit unserer Bürger können wir nur erreichen, wenn wir vorerst mit den Problemen des Umweltschutzes in allen Bereichen fertig werden; dies gilt für die Schadstoffe in der Luft, in Wasser und Boden (Wald, Wiesen und Ackerboden). Natürlich können wir nicht verhindern, daß über die Grenzen hinweg durch Unfälle bei Atomkraftwerken unser Land **neuerdings** belastet wird.

Viele Österreicher werden sich sicherlich erinnern, daß in früheren Regierungen unserer Republik Minister, Staatssekretäre und andere Politiker in Sachen Umweltschutz das große Wort geführt haben, sie wurden mit Denkschriften, Hinweisen und ernsthaften Argumenten überhäuft, gegen die aufkommenden Umweltschäden etwas zu unternehmen. Sie haben den Ernst der Situation entweder nicht erkannt oder wegen Belanglosigkeit zur Seite geschoben, so lange, bis es zur jetzigen Misere kam.

Was jahrzehntelang verabsäumt wurde, kann heute 5 vor 12 nicht bereinigt werden, weil die dazu notwendigen Geldmittel einfach nicht vorhanden sind und auch von einer entsprechenden einheitlich ausgerichteten Organisation nicht gesprochen werden kann. Österreich hat, trotz weltweiter Unfälle bei Atomkraftwerken und **trotz Ablehnung der Bevölkerung**, nach jahrelangen Überlegungen und beachtlichen Investitionen das Atomkraftwerk Zwentendorf gebaut und ist schließlich zu der Einsicht gelangt, dasselbe abzuwracken.

Durch solche Maßnahmen schützen wir unser Land und unsere Menschen,

weil wir überzeugt sind, daß durch Wasser betriebene Kraftwerke sauberer arbeiten und keine Gefahr für die Umwelt besteht.

Einigkeit und Verständnis sollte bei allen Parteien und Umweltschutzgruppen oberstes Gebot sein, um alle Koordinierungsmaßnahmen und Möglichkeiten auszuschöpfen, die eine strukturelle Verbesserung der gegenwärtigen verworrenen Situation ermöglichen.

Gewiß sind Prunkbauten sehenswert und werden von Wien-Besuchern bestaunt und bewundert, sie dienen insgesamt auch dem Fremdenverkehr.

Aber die Erhaltung derselben kostet Steuermilliarden, und die Einnahmen durch Vermietung von Konferenzräumen sind geringfügig.

Gigantische Bauvorhaben, die nicht unbedingt notwendig, sind zurückzustellen, bis sich die wirtschaftliche und finanzielle Lage geklärt hat. Dafür aber sind Zweckbauten und Anlagen, die dem Umweltproblem entsprechen und dem Vorrang **Leben und Gesundheit** näherkommen, vorzuziehen.

Insertate *im Freiheitskämpfer*
bringen Erfolg!

BEITRÄGE DER VORARLBERGER ARBEITERKAMMER ZUR ÖSTERREICHKUNDE

- Wanner Gerhard, Die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Vorarlberg, ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Feldkirch 1978
- Wanner Gerhard, Kinderarbeit in Vorarlberger Fabriken im 19. Jahrhundert, Feldkirch 1969
- Scheuch Manfred, Geschichte der Arbeiterschaft Vorarlbergs bis 1918, Neuaufgabe, Feldkirch 1979
- Wanner Gerhard, 1946-1985, Die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Vorarlberg, ein Beitrag zur Vorarlberger Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Feldkirch 1986

Die Arbeiten sind erhältlich bei:

Kammer für Arbeiter und Angestellte
für Vorarlberg
Widnau 4, 6800 Feldkirch



Seminar für Zeitzeugen und Zeitgeschichtler

Im Bildungshaus St. Virgil in Salzburg fand in der Zeit vom 2. bis 4. März 1987 das 4. Seminar für Zeitzeugen und Zeitgeschichtler zum Thema „Ideologie und Praxis des Nationalsozialismus“ statt. Diese Seminare stehen im Zusammenhang mit der von der Kommission zum Studium des Neofaschismus sowie vom Unterrichtsministerium organisierten Aktion von Vorträgen und Diskussionen in Schulen zum oben angegebenen Thema. Am 4. Seminar in Salzburg nahmen auch zwei Mitglieder der Landesleitung der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten von Vorarlberg als Zeitzeugen teil, und zwar Dr. Josef KECKEIS und A. POLLAK. Von den Referaten, die vormittags und nachmittags gehalten wurden, war jenes von Univ.-Prof. Dr. RÖTTER, Universität Linz, zum Thema „Der Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß – seine Bedeutung und Problematik“ von besonderem Interesse; er behandelte hiesel u. a. das Londoner Viermächte-Abkommen vom 8. August 1945 und auszugswise das Statut für den Internationalen Militärgerichtshof als Rechtsgrundlagen des Kriegsverbrecherprozesses. Als Anknüpfungspunkte wurden festgelegt: 1. Gemeinsamer Plan oder Verschwörung, 2. Verbrechen gegen den Frieden, 3. Kriegsverbrechen und 4. Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Den Ausführungen von Univ.-Prof. Dr. ARDEL, ebenfalls von Linz, der zum Thema „Warum mangelte es in Österreich an einer Auseinandersetzung mit der Zeit 1938–1945 – die Folgen gegenwärtig“ sprach, folgten die Zuhörer ebenfalls sehr aufmerksam; die Worte dieses Referenten „Entmachtung der Leute des aktiven Widerstandes im Jahre 1945“ führten insbesondere bei den Zeitzeugen zu tieferem Nachdenken. Zum spanischen Bürgerkrieg, der vor 50 Jahren stattgefunden hat und an dem auch Österreicher teilgenommen haben, sprach Univ.-Prof. Dr. WEINZIERL, Universität Wien. Hermann LANGBEIN, Mitglied der Kommission zum Studium des Neofaschismus, referierte zum Thema „Argumentation von Neonazis – international und in Österreich, neue Schwerpunkte“.

(Dr. jur. Josef KECKEIS, Frastanz)

Jüdisches Museum Eisenstadt

Das Eisenstädter Ghetto bestand als selbständige jüdische Gemeinde „Unterberg-Eisenstadt“ von 1732 bis 1938. Nach der Annexion Österreichs

durch das Dritte Reich und NS-Machtübernahme mußte das bis dahin inkative Ghetto geräumt werden. Bis September 1938 waren die damals in Eisenstadt lebenden 446 gläubigen Juden ausgewandert, umgesiedelt oder deportiert. Nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes und Wiederentstehen Österreichs kamen nur drei jüdische Familien nach Eisenstadt zurück.

Bereits 1972 konstituierte sich der Verein „Österreichisches Jüdisches Museum in Eisenstadt“, dem die Republik Österreich und die Bundesländer angehören, die Geschäftsführer sind Wissenschaftler vom Institut für Jüdische der Universität Wien. Im Juni 1982 konnte das Museum in Eisenstadt eröffnet werden.

Dieses Museum mit einer Privatsynagoge ist im schönsten Gebäude des ehemaligen Ghettos, im 1795 erbauten Wertheimer-Haus, eingerichtet. Auch das noch gut erhaltene und überdies renovierte Ghetto ist einzigartige und vielbesuchte Sehenswürdigkeit. Das Bundesländische Landesmuseum ist in diesem ehemaligen Ghetto im Haus untergebracht, das 1945 vom letzten Sproß der bekannten jüdischen Familie Wolf gekauft worden war.

Dieses Museum möchte in Form von Dokumentationen die jüdische Kultur in ihrem ganzen Umfang darstellen. Die Ausstellung reicht zurück bis zum Ende des 12. Jahrhunderts, als bereits jüdische Gemeinden auf österreichischem Gebiet entstanden. Die wertvollsten Ausstellungstücke sind vorwiegend Kulturgegenstände und sind in der Synagoge zu sehen, die einst vom „Hofjuden“ des Hauses Habsburg und ungarischen Landesrabbiner Samson Wertheimer eingerichtet wurde.

Das Museum mit der Synagoge ist im ganzen Sommer bis zum Frühjahr für Besichtigungen und Führungen geöffnet, viele interessierte Besucher lassen sich über die wichtigsten Inhalte des jüdischen Glaubens an Ort und Stelle informieren.

Aus aller Welt kommen Reisegruppen zum Jüdischen Museum in Eisenstadt herangefahren, um diese einzigartige Darstellung des kulturellen Befrages des österreichischen Judentums besichtigen zu können. Ein Besuch lohnt sich!

~JW~

Buchbesprechung

„ROT-WEISS-ROT IN BUCHENWALD“ – Die österreichischen politischen Häftlinge im Konzentrationslager am Ebnenberg bei Weimar 1938–1945. Autoren: ERICH FEIN und KARL FLANNER. Paperback, illustriert, 328 Seiten, Europaverlag Wien – Zürich, Ladenpreis S 380,-.

Dieser erste umfassende Bericht über den Beitrag, den die politischen österreichischen Häftlinge zum Überleben der Insassen und zur Auflösung des Konzentrationslagers Buchenwald leisteten, wurde am 14. Mai 1987 im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) im Wiener Altan Rathaus vorgelesen. Durch das Tor der „Hölle am Ebnenberg“ (die Wachen) schritten während der Zeit des achtjährigen Bestehens 239.000 Menschen, von denen mehr als 56.000 getötet wurden oder dort unversehrt starben. Unter ihnen waren 5500 Österreicher, von denen mehr als 1000 die Haft nicht überlebten.

Buchenwald ist das Lager, in dem Kameradschaft und internationale Solidarität zum Sieg über den Terror der SS führten und in dem es den politischen Häftlingen gelang, sich Waffen zu beschaffen, in einem günstigen Augenblick die durch den amerikanischen Vormarsch schwankend gewordenen SS-Bewacher zu verjagen, mehr als 200 von ihnen gefangenzunehmen und sie später den amerikanischen Truppen zu übergeben. Die beiden Autoren waren selbst politische Häftlinge in diesem berüchtigten KZ. Es wurden auch Auszüge von Interviews anderer Häftlinge gebracht, darunter Baumeister Franz OTT und Regierungsrat Franz PERNAUER, die in der nach der Befreiung gegründeten Lagergemeinschaft und in der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten sehr bekannte und geschätzte Spitzenfunktionäre waren. Einige bekannte Namen von österreichischen Politikern des Ständestaates als Mithäftlinge scheinen auf.

Eine sehr wertvolle Dokumentation in diesem Buch ist die Liste mit den Namen der Österreicher, die sich am 16. Mai 1945 noch in Buchenwald befanden. Erst an diesem Tag wurden die Österreicher in die Heimat entlassen. Am 13. April 1945 hatte bereits das ILK (Internationales Lagerkomitee) die Selbstverwaltung der etwa 20.000 Gefangenen übernommen, die US-Truppen hatten am 13. April 1945 das KZ erreicht und das Kommando im Lager von ILK übernommen. Die Entlassung der Häftlinge erfolgte nach ihrer nationalen Zugehörigkeit und verzögerte sich insbesondere bei den Kranken und Gebrechlichen noch.

Dieses Buch ist eine Bereicherung der Literatur über die NS-Terrorherrschaft und kann wegen seiner leichten Lesbarkeit einem großen Leserkreis zur Information und Aufklärung durch unmittelbare Zeitzeugen dienen!

~JW~

„ÖSTERREICH IM APRIL 1945“, Franz DANIMANN und Hugo PEPPER als Herausgeber, 388 Seiten, Paperback, Ladenpreis S 288,-; Europaverlag, Wien 1985.

„Die ersten Schritte der Zweiten Republik“ lautet der Untertitel. Über Österreich in seiner Stunde Null im Jahre 1945 beim Kriegsende und dem Zusammenbruch des NS-Regimes, über den Beginn des Wiederaufbaus der Zweiten Republik Österreich können mehr als sechzig Zeitzeugen zu Wort, die alle diese Epoche miterlebten und zum Teil auch die Entwicklung mitgestaltet haben. Die Mühsal des Aufbaus aus dem Nichts soll ihnen keine Zeit für die heute modisch getragene Politikverdrossenheit. Was sie erzählen, ist Geschichte geworden, ihre Worte verdienen sich zur Dokumentation einer uns fast schon ermüdeten Zeitspanne.

Aus unserem Kameradschafts- und von anderen Persönlichkeiten unserer Gesinnung sind

Fortsetzung auf Seite 12

Fortsetzung von Seite 11:

Aussagen enthalten, die den NS-Terror und seine verheerenden Folgen schildern. Es scheinen auf und die Titel ihrer Beiträge lauten: Hermann GRUBER/Kärnten berichtet: „Wie ich die Führung der Landwirtschaftskammer übernahm“, ihm folgt Ludwig MOHR/Niederösterreich: „Bezirkshauptmann von Wiener Neustadt“, Heinz MAIER/Tirol bestätigt den Grundkonsens der ehemaligen KZler: „Einheit – die Lehre der Lagerstraße“, Josef PINZENÖHLER/Wien darf verkünden: „Wieder freies Wort Gottes“, Franz SCHÖNICS/Burgenland wirkt beim Wiederaufbau der Landesverwaltung mit: „Im Landhaus in Eisenstadt“, Hermann WITHALM/Niederösterreich beschreibt die Phase der Zusammenarbeit: „Ein kleines österreichisches Wunder“, Wolfgang SCHWITZ als Kriegerheimkehrer schildert: „Vom Überleben zum Mitgestalten“, Karl GRUBER zeigt den schwierigen Weg zur politischen Einheit Österreichs: „Konfrontation – Kollaboration“, Johann BLOCH, verweist: „Das zehnte Bundesland Multiviertel“.

Es wurden also Beiträge von Persönlichkeiten publiziert, von denen bisher keine Biographien und Erlebnisberichte bekannt sind, die aber doch wertvolle Mitarbeit am Wiederaufbau geleistet haben. Die Vielfalt der aufgerufenen Themen widerspiegelt den voll Hoffnung und Optimismus begangenen Wiederaufbau Österreichs aus einem Trümmerfeld und in den verschiedenen Bereichen der Verwaltung, Wirtschaft und Politik, von den Besatzungsmächten teils gefördert und teils erschwert.

Für die literarischen Leser bringt dies eine Aufreicherung und auch Ergänzung des selbst erlebten Zeitgeschehens, für die jüngeren ist dies bereits ein Teil der Geschichte, aber leider noch nicht deutlich genug übermittelt. Somit ein wertvoller Beitrag zur politischen Bildung aus verlässlichen, aber allmählich versegelnden Quellen! „JW“

„Verborgene Wurzeln der NS-JUSTIZ.“ Autoren: Eduard RADCFKY und Gerhard OBERKOPFER. Paperback, 262 Seiten mit zahlreichen Fotos, S 268,-, Europa-Verlag, Mai 1985.

Ohne die intensive Unterstützung von Persönlichkeiten in akademischen Positionen, die die NS-Ideologie methodisch systematisierten und ihr den Rang von Grundsätzen verliehen, wäre die Umsetzung des NS-Gedankengutes in eine perfektionistische Wirklichkeit nie möglich gewesen. Dem Werdegang und dem weltanschaulichen Standort dieses Personenkreises gilt das Interesse der beiden Autoren. RADCFKY ist Honorarprofessor für Arbeitsrecht und Strafrecht an der

Humboldt-Universität Berlin, OBERKOPFER ist Professor für Neuere Österreichische Geschichte an der Universität Innsbruck.

Der 1. Teil des Buches beschäftigt sich mit der Handhabung und den Auswirkungen der NSJustizpraxis und ihrer ausführenden Organe, mit vielen erschütternden Beispielen. Klar wird ersichtlich, wie die NS-Justiz als Instrument zur wirksamen Bekämpfung von „Volkschädlingen“ und zur Aufrechterhaltung einer Justizängst eingesetzt wurde. Der 2. Teil ist dem Werdegang und weltanschaulichen Standort maßgebender Justizfunktionäre im Dritten Reich gewidmet. Im 3. Teil widmen sich die Autoren eingehend der Person des Grafen Wenzeslaus GLEISPACH, der am konsequentesten für die Umsetzung der Aufgaben des NS-Staates im juristischen Behördenapparat, in der Rechtsprechung und im Universitätsunterricht eintrat. Die Entwicklung von GLEISPACHS Weltanschauung (Dolchstoßlegende, Revanchismus, Rassenlehre) und des NS-Strafrechts bis zur letzten Konsequenz, der mehr als 32.000 Todesurteile, wird in beeindruckender Weise dargestellt.

Besonders beachtlich ist das Kapitel 3.2: „Das NS-Rassenrecht wird 1933 an der Wiener Universität erlassen.“ Am 8. April 1930 hatte der Akademische Senat der ehrwürdigen Universität Wien mit einer Kundmachung die Studierenden eine rechtsverbindliche rassistische Studienordnung in Kraft gesetzt. Der Rektor war Graf GLEISPACH. Bei seiner Antrittsrede am 6. November 1929 hatte er die Studenten aufgefordert, als Österreicher ihrer geschichtlichen Sendung bewußt und stets eingedenk zu sein. Komme einmal der Tag, an dem die Staatsgrenzen fallen, dann sollen die Wiener Studenten mit fliegenden Fahnen einziehen in das neue große Reich.

Von GLEISPACH wurden konsequent sowohl die Deutsche Studentenschaft wie auch nationale Professoren gegen die Unbrüderlichkeit Österreichs in Bewegung gehalten, griffen Österreich in Bewegung gehalten, was im Jahre 1933 zu seiner Entlassung durch Schuchnigg geführt hat. „Die Zustände an der Wiener Universität, insbesondere die Ausschreitungen gegen jüdische Hochschüler, gingen, wenn auch mit Unterbrechungen, weiter, bis diese im März 1933 jüdenrein und marxistenfrei wurde.“ (Seite 149, Schlußsatz) Solche Formulierungen schockieren, wenn sie auch von Demokraten stammen! „JW“

Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.) **Am Beispiel Walter Reder. Die SS-Verbrechen in Marzabotto und die „Bewältigung“** 48 Seiten, Ladinpreis S 40,-.



Der Skandal um den Handschlag des Verteidigungsministers Dr. Frischenschlager für den Kriegsverbrecher Walter Reder erschütterte Anfang 1985 die österreichische Innenpolitik und trug dem Ansehen Österreichs in der Welt beträchtlichen Schaden zu. Gerade rechtzeitig zum Beginn des „Jahres der Zeitgeschichte“ verdeutlichte die Affäre, wie stark die Zeit des Nationalsozialismus in Österreich verdrängt, aber wie wenig sie in Wahrheit aufgearbeitet und bewältigt wurde. Das vorliegende Büchlein bringt etwas Licht in die nur zu gern verblasste Vergangenheit nicht nur Reders. Sie ist in einen reichlich bebilderten Textteil und einen ausführlichen Dokumentenanhang gegliedert. Im Text werden zu Anfang die steile Karriere Reders im NS-Staat sowie die grauenhaften Verbrechen der von ihm befehligten Einheit der Waffen-SS in der Region von Marzabotto dargestellt. Die weiteren Kapitel behandeln die früh einsetzenden, wenig rühmlichen Interventionen politischer und kirchlicher Amtsträger für den in Gaeta inhaftierten, aber auch die Bemühungen des rechtsextremen Lagers, Reder reinzuwaschen und zum Märtyrer hochzustilisieren. Der Anhang dokumentiert und ergänzt die Ausführungen im Text, den der Journalist Christian S. Critzer verfaßte. Die redaktionelle Bearbeitung und Zusammenstellung der Dokumente besorgte Mag. Brigitte Galanda, Mitarbeiterin des Dokumentationsarchivs.

BAUUNTERNEHMUNG

Ingenieure
Badjura,
Petri & Co. KG.

Baubüro:
1080 Wien, Schlösselgasse 19/17
Tel. 43 61 87 Serie

Patriotenfamilie Haidacher

Aus vorliegenden Aufzeichnungen und Mitteilungen des Grazer ÖStR, Dr. phil. Helmut HAIDACHER soll das patriotische Verhalten der ganzen Familie HAIDACHER besonders in der NS-Zeit mit den Schikanen und den Verfolgungen der damaligen Machthaber in der Steiermark dargestellt werden.

Jakob HAIDACHER, der Vater, wurde am 14. Oktober 1893 in Hopfgarten/Osttirol geboren, besuchte die Mittelschule und begann mit dem Jura-Studium. Im Ersten Weltkrieg war er eingetribet und wurde Offizier. Nach dem Friedensschluß der Ersten Republik schloß er 1920 das Jura-Studium ab. Neben seinen Aktivitäten in der CV-Verbindung Traungau seit 1914 wurde er als promovierter Jurist auch politisch tätig, zuerst in Weiz und ab 1928 in Judenburg.

Nach dem sozialistischen Februaraufstand 1934 wurde Dr. HAIDACHER Regierungskommissär und am 7. März 1935 zum Bürgermeister der Stadt Judenburg gewählt. Beim nationalsozialistischen Juliputsch 1934 wurde Dr. HAIDACHER von den Putschisten gezielt beschossen, aber nicht getroffen.

Nach dem deutschen Einmarsch nahmen die NS-Machthaber den bisherigen Bürgermeister am 13. März 1938 in „Schutzhaft“, aus der er am 19. März 1938 wieder und nur vorübergehend entlassen wurde. Am 30. April 1938 erfolgte seine neuerliche Verhaftung, die bis zum 30. Mai 1938 dauerte. Er hatte einen Prozeß wegen angeblichen Mißbrauchs der Amtsgewalt angehängt bekommen, wurde aber freigesprochen. Nachdem der Staatsanwalt die Nichtigkeitsschwere angemeldet hatte, fand ein neuerlicher Prozeß statt, der am 16. Jänner 1941 wieder mit einem Freispruch endete.

Die KZ-Haft wurde Dr. HAIDACHER öfter angedroht, aber nie verwirklicht. Vielleicht entging er dieser nur deshalb, weil er selbst in den gefährlichsten Tagen von 1933 bis 1938 immer unbefristet gewesen war. Im Juni 1938 mußte Dr. HAIDACHER mit seiner Familie Judenburg verlassen. Er versuchte, in Graz seinem Beruf als Rechtsanwalt weiter nachzugehen. Diese Berufsausübung wurde ihm untersagt, so daß er mit seiner Familie mittellos auf der Straße stand. Er fand dann eine Stelle als Rechtsberater im Bischöflichen Ordinariat.

Bald nach dem Beginn des Zweiten Weltkrieges mußte Dr. HAIDACHER als Offizier wieder einrücken, war von 1941 bis 1943 mit der Wehrmacht an der Ostfront eingesetzt und kam erst mit 50 Jahren wieder in die Heimat zu-

rück. Beim Kriegsgesicht konnte er wenigstens die ärgsten Härten der Scharfmacher mildern.

Trotz der vielen Schikanen und Verfolgungen, denen Dr. HAIDACHER während der Nazizeit ausgesetzt war, wollte er nach dem Krieg keinerlei Entschädigung. Auch durch seinen Beruf als Rechtsanwalt, in dem er aus seiner katholischen Gesinnung heraus viele Nazis wieder reinzuwaschen versuchte, kam er in eine gewisse Konfliktsituation, die manchmal auch Wortgefechte innerhalb unserer sonst bestens harmonisierenden Familie auslöste.

Über das Verhalten und die Rolle der übrigen Familienmitglieder in der NS-Zeit schrieb ÖStRat Dr. Helmut HAIDACHER: „Als ich am 14. März 1938 vom Abteigymnasium Seckau nach Hause kam (es gab ja eine freie Schulwoche zur Feier des Anschlusses), empfing mich meine Mutter, die ich vorher nie weinen gesehen hatte, mit Tränen, da unser Vater tags zuvor eingesperrt worden war. Dann versammelte sie ihre vier Kinder (13- bis 17-jährig) um sich und sagte in einem Tonfall, an den ich heute noch tief beeindruckt denke: 'Kinder, lieber sehe ich euch tot als einen von euch als Nazi!' Diese Beschworung bewirkte, daß ich gleich nach meiner Rückkehr nach Seckau einer Schülerwiderstandsgruppe beitrug. Auch in Graz war ich bei der berühmten 'Barbaragemeinde' um Fritz MANKOWSKI, einem Carolinen, die mehr religiös ausgerichtet war, und bei einer rein politisch agierenden Jugendgruppe, die sich 'Schwarze Jungmänner' nannte. Wir

verschiedenen Listen der verschiedenen Auslandssender sowie Aufforderungen, sich wenigstens passiv dem NS-Regime zu widersetzen. Wir rissen in unserem Wohnbereich NS-Plakate herunter und verwendeten die dafür vorgesehenen Tafeln, um unsere eigenen Parolen auszugeben, wie 'Sieg ade', 'Nieder mit Hitler!' und '1938 = 1943'. Noch am Tag, an dem ich zur Wehrmacht eingezogen wurde (29. 9. 1943), schrieb ich eine solche Parole (vor der 6-Uhr-Messe in der Barbarakapelle) auf eine Plakattafel, wobei uns die völlige Verdunklung sehr entgegenkam.

Dann übernahm mein 14-jähriger Bruder Wilfried meine Stelle und schrieb Kaufleuten, die Hitlerbilder in ihren Geschäften hatten, die Aufforderung, diese umgehend zu entfernen, aus den damals oft übergehenden Postkästen nahm er verzeilt Briefe mit, die er zensurierte, d. h. er strich Nazilogos mit dem Vermerk 'Zensuriert von der Schwarzen Jungmänner', während er kritische Äußerungen gegen das NS-Regime besonders lobend mit Rotstift hervorhob...“ Die Familie HAIDACHER hatte sich als österreichische und katholische Familie bewährt und verdient gemacht. Der Vater, Dr. Jakob HAIDACHER, starb am 3. 6. 1981 hochbetagt in Graz. Der Sohn ÖStR, Dr. Helmut HAIDACHER ist ein bekannter Professor in Graz, und der Sohn Mag. Dr. jur. Wilfried HAIDACHER ist Grazer Rechtsanwalt. Der Vater und die beiden Söhne sind bekannte Urmglieder der katholischen österreichischen Studentenverbindung „Traungau“ in Graz und überaus geschätzte Persönlichkeiten der Grazer Gesellschaft.

-Dr. Josef Windisch-

Österreichisches Jungvolk (ÖJV)

Untergrund und NS-Widerstand

Quelle: Aufzeichnungen Kons.-Rat Karl STROBL, Schleibach, und mehrere Interviews durch Dr. Josef WINDISCH.

Am Nachmittag des 11. März 1938 waren in der Führerschule des „Österreichischen Jungvolkes“ in Wien XVII, Kalvarienberggasse, außer den Kommandanten auch ein Teil der Jugendführer vom Bezirk Hernals und auch einige verlässliche Chargen des Jungschützenzuges der ÖJV-Ortsgruppe „Calvarienberg“ anwesend, als der Bundesjugendführer Graf THURN-VALSASSINA vorfuhr. Gewehre aus- und von Schlägereien mit Nazis berichtete. Daraufhin wurden bewaffnete Wachen am Eingangstor der Führerschule aufgezogen. Es herrschte er-

regte Stimmung wegen der politischen Lage, und niemand ging zum Abendessen.

Durch einen Telefonanruf aus dem gegenüberliegenden Pfarrhof kam die Mitteilung, daß der Bundeskanzler Dr. SCHUSCHNIGG im Radio spreche. So konnten alle noch den Schluß seiner Rede und sein „Gott schütze Österreich!“ hören. Der Bezirksjugendführer von Hernals, Karl RYKER, ein Lehrer, faßte sich und vergattete alle Anwesenden. Er schilderte die eingetretene krisenhafte Situation und ließ abtreten, wer wegzugehen wünschte.

Zu den Zurückgebliebenen sprach er von der Treue zu Österreich und seiner rot-weiß-roten Fahne, und während

Fortsetzung auf Seite 14

Fortsetzung von Seite 13:

des Liedes der Jugend wurde die Fahne der Führerschule eingeholt und weggebracht. Die Waffen wurden noch für jeden Einsatz unbrauchbar gemacht, und in kleinen Gruppen verließen alle die Führerschule.

Der Mittelschüler Karl STROBL, 31. 5. 1921 in Wien geboren, wurde mit der Leitung der Ortsgruppe „Calvarienberg“ im Untergrund beauftragt und von nun an nur mehr zur Tarnung „Strups“ oder „Ojuf“ genannt. Noch in der Nacht zum 12. 3. ging er mit Franz KONEČNY in das ÖJV-Heim der Ortsgruppe im Hause Hornmayergasse 1, um die Karteikarten zu vernichten. Außerdem wurden die Wimpeln der Ortsgruppe „Calvarienberg“ und „Alsegg“, ein Jungvolk-Banner mit dem ÖJV-Zeichen, eine Dollfuß-Büste und das Bild des Bundesführers mitgenommen und sichergestellt.

Über Nacht wurden alle vaterländischen und auch die konfessionellen Jugendverbände aufgelöst und verboten, ihre Heime besetzt und alles Vermögen auch beschlagnahmt. Es wurden die ersten Verhaftungen bekannt, wie die des Generalsekretärs Heinrich REMITZ, ein Hernalser, und die des Studentenfreikorpsführers Helmut JÖRG. Sehr vorsichtig wurde zu verlässlichen alten Bekannten Führung aufgenommen, meistens beim „Hundespaziergang“ auf der Alsezele, wie bei einem zufälligen Zusammentreffen.

Am Osterdienstag 1938 wurden fünf Burschen der Gruppe, nach einer Anhaltung durch die Gendarmen Seebenstein, vom Wiener HJ-Strafendienst in der ehemaligen ÖJV-Führerschule Kalvarienberggasse einvernommen. Eine Hausdurchsuchung folgte, bei der die ÖJV-Uniform beschlagnahmt wurde. Noch vorsichtiger als bisher gelang es den Burschen in den nächsten Tagen, vorübergehend durch Albin N., Sohn eines Kaiserjägers, dorthin bzw. zu den früheren Sturmschülern und über Franz B., dessen Vater Frontmilizoffizier gewesen war, zum Heimatschutz im Untergrund auch zum CV Verbindung zu bekommen. Diese Verbindungen rissen bald wieder ab, weil es jedem zu riskant erschien, mit Jugendlichen im Alter von 16 bis 20 Jahren einen Widerstand aufzubauen.

Es wurde immer wieder Ausschau nach Verbindung mit anderen aktiven Widerstandsgruppen gehalten. Über den Mitsodal aus der früheren Studentenkongregation, Alfred KOSTELECKÝ, gelang die Verbindung zur „Gruppe Eisen“, geleitet von Fred ELLINGER, die im 9. und 18. Bezirk existierte und schon im April 1938 Flugblätter herstellte und verteilte. Von der

„Gruppe Eisen“ bezog dann auch die „Gruppe Calvarienberg“, aus fünf Getreuen bestehend, einige Exemplare solcher Flugblätter. Diese Flugblätter wurden dann möglichst rasch in den Abendstunden in Briefkästen des 17. Bezirks eingeworfen oder an Bekannte verteilt. Die Freude über solche „Lebenszeichen“ dauerte nicht lange, weil die „Gruppe Eisen“ Ende Juni 1938 aufflog und in Gestapohaft kam. Im Spätsommer 1938 war die Parole ausgegeben worden: „Hinein in die NS-Organisationen und Zellen bilden!“ Es sickerte die Nachricht vom Tod des ersten KZ-Opfers, Baron Dr. ZESSNER-SPITZENBERG, durch, und der NS-Terror nahm immer zu. Jeder Jugendliche unter 18 Jahren mußte der Zwangsorganisation „Hitler-Jugend“ (HJ) angehören, wenn er nicht auffallen wollte und dadurch seine Arbeitsstelle oder das Studium gefährden wollte. In dieser Zeit wurde Öjuf von der Pfarre zu einer Schulung in das Lainzer Jesuitenkollegium geschickt und dann zum Pfarrjugendführer bestellt, sein Vertreter wurde Alfred MONTAG, ebenfalls zur Widerstandsgruppe gehörend.

Im Erzbischöflichen Ordinariat wollte man wissen, wie sich die Jugendarbeit in den Pfarren unter den geänderten Umständen eingespielt hatte und lud die Jugendlichen zu einer „Rosenkranzfeier“ in den Stephansdom ein. Am Freitag, dem 7. Oktober 1938, abend war mit vielen Angehörigen der Wiener Pfarrjugendgruppen auch die „Gruppe Calvarienberg“ mit sieben Leuten bei der Feierstunde im Dom vertreten, ebenso bei der anschließenden Huldigung des Kardinals. Es wurden dann nicht nur religiöse Lieder gesungen. Vor herankommenden HJ-Strößen gewarnt, verschwanden sie vom Stephansplatz auf Umwegen über Mariahilf und Ottakring heim nach Hernalers.

Durch den am Samstag, dem 8. Oktober 1938, folgenden Sturm der HJ auf das Erzbischöfliche Palais, die vom Gauleiter BÜCKEL einberufene NS-Gründungsgebung auf dem Heldenplatz und mehrere Verhaftungen von Jungkatholiken an die spätsommerliche Parole erinnert und um doch dem Beitritt zur HJ zu entgehen, traten Öjuf und Alfred MONTAG dem Deutschen Roten Kreuz (DRK) bei. In der DRK-Bereitschaft 3 der Kreisstelle Wien-Nord in Wien XVII, Geblergasse, trafen sie mit alten Sozialisten und Sankt-Georgs-Pladfindern zusammen. Die richtige Gesellschaft, die sich gut verstand. Andere wieder waren zum Reichsluftschutzbund (RLB) gegangen. Einige RLB-Ausbilder stammten aus dem CV und nahmen die ihnen Empfohlenen gerne auf.

Öjuf war im August 1938 im Jesuiten-

kolleg Kalksburg von der Gestapo verhaftet worden, hielt aber über die „Gruppe Calvarienberg“ dicht. Als „Geburtsdagsgeschenk“ kam am 31. Mai 1939 sein Ausschluss aus der Mittelschule. Die Arbeit in der Gruppe ging aber auf drei Ebenen (Ministrantengruppe Allg. Krankenhaus – Pfarrjugend – DRK) weiter.

In den Jahren 1939 und 1940 wagte die Gruppe Samstag-Sonntag-Ausflüge, sei es mit Zeit oder in leichten Unterkünften bei Bekannten in Lindbrunn oder in Wetzdorf. Besonders das Haus der Familie A. in Wetzdorf war eine große Hilfe. Der Heidenberg mit dem Radetzky-Grabmal und dem Park bot eine ideale Gelegenheit zur Auffrischung der österreichischen Geschichte. Diese Ausflüge waren auch mit einer sportlichen Leistung verbunden, denn um Geld zu sparen und um weniger aufzufallen, wurde die Strecke Wien-Wetzdorf mit dem Fahrrad zurückgelegt.

Der 25. Juli und der 11. März waren die Gedenktage der „Gruppe Calvarienberg“. Sie traf sich im Zahnstelier der Familie KIRCHNER in der Kalvarienberggasse zum Heimbabend. Es war Erneuerung des Versprechens, Aufnahme und Übergabe des Tiroler Adlers mit Edelweiß an die Neuen, Lagebesprechung und Aufgabenverteilung. Auch von der „Gruppe Eisen“ kamen Teilnehmer zu diesem Heimbabend, darunter auch Hubert JURASEK, ein Maturant aus der Josefstadt. Im September 1939 erfolgte ein Kaplanswechsel in der Pfarre Kalvarienberg. Der neue Kaplan Josef WEINAND war ein gebürtiger Rheinländer, aber schon lange in Wien und überdies ein CV'er. Er wurde von allen kameradschaftlich „Käpten“ oder „Jupp“ genannt. Er war Sportler, sehr musikalisch und verstand viel von Kunst. Mit ihm gingen die Burschen schwimmen, besuchten Ausstellungen und Museen, lernten die Kunstschatze und Schönheiten Wiens kennen und wurden vor allem kritisch geschult. Oft wurde in Gesprächen auch Stellung zur NS-Zeit genommen.

Am 12. November 1939 besuchte Kaplan WEINAND mit seiner Pfarrjugendgruppe Kardinal INNITZER, um über die Jugendarbeit zu berichten. Der Kardinal wünschte dann weiterhin viel Erfolg in der Jugendarbeit und entließ die Gruppe mit seinem Segen. Dieses Gespräch mit dem Bischof hinterließ bei den Burschen einen tiefen Eindruck, und damit war der stille Vorwurf wegen des Auftrufes vom März 1938 wegen des „Anschlusses“ überholt. Die Gruppe hatte in ihm wieder einen festen Pol gefunden.

Der Burschenseelsorger der Pfarre Kalvarienberg war bald über die Pfarr-

grenzen hinaus bekannt, und mancher „alter“ Bekannte aus vergangenen Tagen tauchte plötzlich auf der Kaplansbude auf. Da es „Jupp“ verstand, Interesse zu wecken, zelnah zu sein und geschickt zu predigen, wurde die 11-Uhr-Messe an Sonn- und Feiertagen zum Treffpunkt vieler „Andersdenkender“. Dies fiel nun gewissen NS-Gezwungen auf, und da der Inhalt der Predigten nicht mit der NS-Weltanschauung übereinstimmte, man ihm aber nichts anhaben konnte, setzte man die HJ zu Störaktionen ein. Dies hatte öfter Schlägereien zur Folge. Über „Purli“, dem Josef KALASEK, gelang bald ein rechtzeitiges Warnsystem, so daß kurzfristig der Themenbereich oder die Ausführungsart geändert und dadurch manches drohende Übel abgewendet werden konnte.

Die Zahl der zur Wehrmacht und zum Reichsarbeitsdienst Einrückenden wurde ab Herbst 1939 immer größer, und es lüchelten sich die Reihen der Pfamjugend und der Gruppe. Von der Gruppe wurde sofort ein regelmäßiger Briefdienst eingerichtet, der teilweise auch verschlüsselte Nachrichten durchgab. Für die im Krieg Gefallenen wurde jeweils ein feierlicher Trauerpotestdienst am Abend abgehalten, und dazu waren auch die Jugendlichen der Nachbarpfarren eingeladen. Er gestaltete sich jedesmal wohl zu einem stimmen, aber doch deutlichen Protest. In dieser Zeit entstand das schwarze Banner der Pfamjugend. Die eine Seite zeigte auf schwarzem Grund weiß-gelb das Christuszeichen, und auf der anderen Seite waren Kreuz und Krone. Pfarrer BAUER weihte in Anwesenheit von 32 Burschen die Fahne und begeisterte zur Christstreue.

Am 11. März 1940 wurde beim Heimabend beschlossen, wieder vorsichtig zu versuchen, mit anderen Gruppen in Verbindung zu treten und aus den Ministrantengruppen geeignete Buben auszusuchen, die fähig waren, den Briefdienst zu übernehmen und später allein weiterführen zu können. Ojuf stieß bei dieser Suche auf die Widerstandsgruppe „HAAN“. Otto HAAN war Fahrlehrer in der Fahrschule „City“, Wien IX, Porzellangasse 2, und dort war auch seine Gruppe aktiv. Ojuf besuchte mit Franz KONECNY mehrmals Veranstaltungen der Gruppe „HAAN“, aber zu gemeinsamen Aktionen kam es nicht.

Inzwischen wurde die DRK-Bereitschaft Wien-Nord 3 immer größer, und die Führung freute sich über die vielen jungen Leute, die neu dazukamen. Ojuf und Alfred MONTAG hatten inzwischen dort erfolgreich die Gruppenführerprüfung abgelegt und wurden zu Vorhelfern im DRK befördert. Ihre Ver-

treitung in dieser Bereitschaft wurde immer größer. Ein Grund dafür war die Zurückziehung ihrer Leute aus dem RLB, da diese Arbeit nichts mit Jugendführung zu tun hatte. Außerdem meldeten sich damals auch einige ihnen befreundete Burschen aus der Pfamjugend „Sühnekirche“ und „Marienkirche“ von Hernals an. Nun war die Zeit reif, im DRK etwas zu organisieren.

Da schlug die Gestapo wieder einmal zu, und Ojuf wurde am 21. Oktober 1940 verhaftet. Sofort übernahmen, wie bereits besprochen und vorgesehen, „Purli“ die Führung der „Gruppe Calvarienberg“, Alfred MONTAG die Pfamjugend an der Calvarienbergkirche und Fritz STROBL, der jüngere Bruder des Ojuf, die Ministrantengruppe „Allgemeines Krankenhaus“. Die Arbeit ging nun mit erhöhter Aufmerksamkeit auf den drei Ebenen weiter. Die Gruppe „HAAN“ hatte anscheinend nicht dicht gehalten und flog am 16. Oktober 1940 auf, zwölf ihrer Mitglieder wurden verhaftet. In diesem Zusammenhang wurde auch Ojuf am 21. Oktober 1940 verhaftet und war bis 18. November 1941 als Volksgerichtshof- und Sondergerichts-U-Häftling eingesperrt. Acht Tage später wurde auch Franz KONECNY festgenommen und war vom 28. Oktober 1940 bis zum 8. August 1941 in Haft. Bei den vielen Gestapoverhören kam die „Gruppe Calvarienberg“ nie ins Gespräch.

Das Sondergericht beim Landesgericht Wien verurteilte am 19. November 1941 die Angeklagten HAAN, LEPUŠCHITZ, STROBL und KONECNY wegen des Vergehens gegen § 2 des Gesetzes gegen die Neubildung von Parteien und wegen § 11 des Waffengesetzes. Die Angeklagten hatten es unternommen, den Zusammenhalt des aufgelösten ÖJV aufrecht zu erhalten.

Da es bei der Verbindungsaufnahme zu anderen Gruppen immer Pech und Entdeckung gegeben hatte, arbeitete die „Gruppe Calvarienberg“ allein weiter. Die Einberufungsbefehle zum Reichsarbeitsdienst und zur Wehrmacht gehörten zur Tagesordnung, und die alten Kameraden wurden immer weniger. Es rückte aber schon die nächste Garnitur nach und arbeitete weiter in diesem Sinne, künftige und charaktervolle österreichische Jugendführer heranzubilden. Die Mittelschüler Rudolf ADLER und Wilfried DAIM sowie Gottfried BAHLEK und Fred PASEKA waren eifrig tätig.

Mit 1. Jänner 1942 wurde Ojuf zur Deutschen Kriegsmarine eingezogen und war bis zum Kriegsende im Einsatz bei schwimmenden Einheiten der Bordflak. Purli und Fritz STROBL

mußten zum RAD. Alfred MONTAG und Franz KONECNY zur Wehrmacht. Die Bude des Kaplans WEINAND wurde der Treffpunkt der Fronturlaubler und auch Nachrichtenzentrale Heimat und Front.

Aktionen der „Gruppe Calvarienberg“:

Die Aktionen der Gruppe sollten zeigen, daß es nicht nur „Heil-Schneier“ gab, sondern auch andersdenkende „Ostmänner“. Sie sollten den Versprochenen neuen Mut und Vertrauen zu Österreichs Wiederaufstehen geben.

HELDENDENKMAL

Sie fanden es als Verhöhnung der österreichischen Helden, daß ein bayrischer Gefährte – der, obwohl Österreicher, nicht unter dem Kaiseradler daher ziehen wollte – nun mit Kränzen das österreichische Heldendenkmal schmückte. Daher wurden von Wilfried DAIM und Fritz STROBL einige Kränzscheiben abgeschrieben.

ALTMETALLSAMMLUNG

Die planmäßige Vorbereitung auf einen Krieg wurde durch verschiedene Sammlungen, so auch die Altmetallsammlung, durchgeführt. Rudi ADLER und Fred PASEKA waren von der Schule zu dieser Sammlung kommandiert worden und stellten bei dieser Gelegenheit nicht nur einige Döllfuß-, Seipel- und Miklas-Plaketten, sondern auch Schubert- und Mozart-Plaketten sicher, die dann an die Mitglieder der Gruppe verteilt wurden.

STREUAKTIONEN

Handflächengroße Zettel mit einer rot-weiß-roten Fahne wurden in der Ottokringer Straße im Herbst 1939 in den Nachtstunden gestreut. Die Kioschees wurden nach einem Entwurf zur Werbung für die Wiener Messe durch Vermittlung von Wilfried DAIM angeliefert.

AKTION SIGURT

Er tauchte unter diesem Namen öfter in der Pfamjugendgruppe auf. Nach seinen Bemerkungen dürfte er aus dem sozialistischen Lager gekommen sein. Damals waren auf dem Elterneinplatz große Hitler-Bilder angebracht. SIGURT, gedeckt durch Mitglieder der Gruppe, spielte in den Abendstunden einen Betrunknen und überstrich einige Bilder, ohne erwacht zu werden.

Mitbeteiligung an AKTIONEN

7. Oktober 1938 abend: Rosenkranzfeier im Stephansdom und anschließend Großkundgebung mit Huldigung des Kardinals.
- Aufführung von Grillparzers „König Ottokar“. Beim Loblied und Erscheinen der rot-weiß-roten Fahne begannen Mitglieder der Gruppe mit dem Applaus, in den dann viele andere einstimmten.
- Fußballmatch gegen „Schalk 04“. Die Gruppe war mit dabei als Demonstration.

Gedenkstatue für Edith Stein

Am Samstag, dem 9. Mai 1987, wurde vor dem Haus des Friedens in Eggenburg eine Holzskulptur zum Gedächtnis an Edith STEIN eingeweiht. Sie wurde 1891 in Breslau als Jüdin geboren, studierte Philosophie und Pädagogik und erwarb, nachdem sie Lazarettdienst geleistet hatte, das Doktorat summa cum laude. Bis 1918 war sie Assistentin bei dem Phänomenologen Eduard Husserl und verfasste selbst wissenschaftliche Arbeiten. 1921 konvertierte die anerkannte Doktorin nach der Lektüre des „Lebens“ der hl. Theresia VON AVILA zum Katholizismus und wurde am 1. Jänner 1922 getauft. Ihre Mutter war eine sehr fromme Jüdin, Edith begleitete sie noch einmal in die Synagoge. Sie war dann Lehrerin und von 1932 bis 1933 Dozentin in Münster. Von 1930 hielt sie in Salzburg vor dem Deutschen Akademikerverband den vielbeachteten Vortrag über „Das Ethos der Frauenberufung“. Am 30. Jänner 1933 ergriff Hitler die Macht, am 14. Oktober trat sie in den Karmelitenorden zu Köln ein. Am 15. April 1934 wurde sie als Sr. Theresia Benedicta vom Kreuz eingekleidet, weil sie sich für die Kreuznachfolge Christi entschied. Ihr letztes großes Werk „Kreuzwissenschaft“ blieb unvollendet, weil die NS schon nach ihr griffen. In der Neujahrsnacht des Jahres 1939 brachte sie ein Arzt in den Karmel von Echt, Holland. Als die katholischen Bischöfe Hollands im Juli 1942 gegen die Judenverfolgungen protestierten, reagierten die NS mit verschärfter Verfolgung. Am 2. August 1942 wurde sie mit ihrer Schwester Rosa von der Gestapo verhaftet und nach Auschwitz transportiert, wo sie am 9. August in der Gaskammer ermordet wurde. Das Gedenkmäwerk wurde von Commandator Prof. Mag. Ernst DEGA-SPERI initiiert und von Hans Schwabnicki entworfen und geschaffen. Dem Künstler ist es sehr zu danken, daß es ihm gelungen ist, durch seine Ausführung der Holzskulptur den Anruf des Allerhöchsten plastisch zu gestalten. Die Selige breitet die Arme in Demut aus und blickt hoffend und gehorchend mit erhabenem Haupt zu Ihm. Auf ihrem Habit ist der Judenstern sichtbar, aus ihrem Herzen entspringt der Rosenkranz. Die Statue wurde im Beisein einer sehr

anteilnehmenden Festgemeinde mit Vertretern des öffentlichen Lebens an der Spitze, unter dem Ehrenschutz des Apostolischen Nuntius in Österreich, Exz. Dr. Michele CECCHINI, und Diözesanbischof von St. Pölten, Exz. Dr. Franz ZAK, nach einer Feldmesse, zelebriert vom Benediktinerabt von Stift Ahenburg, Bernhard NABER, und dem Pfarrer von Eggenburg, Konr. Lambert WIMMER, eingeweiht. Die Feier wurde vom Kirchenchor der Pfarre Eggenburg unter Frau Christine PESENDORFER verschriftet. Leben, Sein und Sterben Edith STEINS wurde durch die Predigt des Karmeliten P. Mag. Severin DORNER noch einmal einprägsam herausgemalt. Edith STEIN – Sr. Theresia Benedicta a Cruce – wurde am 1. Mai 1987 in Köln durch Papst Johannes Paul II. seliggesprochen. Man kann nicht mehr an ihr vorbeigehen.

—Robert R. Pollak—

UNSERE TOTEN

Landesverband Burgenland:

Am 15. März 1987 starb Komm.-Rat Karl AUGUSTA im 89. Lebensjahr in Eisenstadt.

Am 24. Dezember 1986 verstarb der Gastwirt I. R. Josef SATTLER im 78. Lebensjahr.

Am 9. April 1987 verschied Frau Maria TSCHANK im 85. Lebensjahr in Stöcking.

Landesverband

Niederösterreich:

Hochw. Hr. Pfarrer Josef KRENN, Bad Schönbau, ist im 75. Lebensjahr verstorben.

Landesverband

Oberösterreich:

Am 5. April 1987 starb Ökonominist Johann BLOCH im 92. Lebensjahr.

Landesverband Wien:

Regierungsrat Karl BERGER, Postbeamter I. R., im 91. Lebensjahr verstorben, wurde am 29. April 1987 auf dem Grinzinger Friedhof beigesetzt. BERGER war vor 1938 Obmann der Vereinigung christlicher Gewerkschafter, während der NS-Zeit im Widerstand mit Lois WEINBERGER und 1945 ein Mitglied der ÖVP und profiliert Gewerkschafter.

R. I. P.

Jubilare

In diesen Wochen feiern bzw. feierten folgende Kameraden und Kameraden „runde Geburtstage“:

Die ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten und die Redaktion des FREIHEITSKÄMPFERS gratulieren herzlichst!

Landesverband Wien:

65 Jahre: Bleyer Karl (8. 5.)
70 Jahre: Krämer Paul (28. 6.)

Gend.-Rev.-insp. Berghammer Johann (7. 6.)

75 Jahre: Baumgartner Franz (7. 5.)
Winkl. HR i. R. Dr. Bischof Josef (27. 6.)

80 Jahre: Vas Edith (5. 7.)
85 Jahre: Brunnbauer Anton (31. 5.)

90 Jahre: Urban Margarete (10. 6.)
Burian Anna (27. 5.)

Landesverband Burgenland:

60 Jahre: Grill Eduard (23. 5.)
70 Jahre: OSR Gasstner Eduard (1. 6.)

75 Jahre: Mädl Christine (1. 5.)
85 Jahre: Adam Rosa (11. 6.)

Reg.-Rat Schmagall Josef (19. 6.)

Landesverband Kärnten:

Übernimmt nachstehenden Mitgliedern herzliche Glückwünsche zum Geburtstag:

60 Jahre: Quander Johann (18. 5.)
65 Jahre: Primarius Dr. Lexner Georg (2. 5.)

68 Jahre: ObArzt Dr. Wrefling Herbert (14. 3.)
Pionier Frieda (23. 5.)

70 Jahre: Winkl. AR i. R. Gabernig Leopold (27. 6.)

68 Jahre: Peterseil Otto (18. 5.)
69 Jahre: Sereinig Sofia (7. 5.)

70 Jahre: Gindl Anton (5. 6.)
Winkl. HR i. R. Dr. Trattler Arthur

71 Jahre: Leopold Leonore (6. 2.)
74 Jahre: Sucher Elisabeth (7. 4.)

75 Jahre: Muraus Thomas (21. 2.)
78 Jahre: Krumpal Paula (4. 5.)

79 Jahre: Trellan Emil (8. 8.)
80 Jahre: Härtling Theodor (9. 4.)

83 Jahre: Lagger Johann (1. 2.)
85 Jahre: Klobitsch I. R. Puginig Ferdinand (3. 4.)

87 Jahre: POV i. R. Gasparig Maria (31. 5.)

91 Jahre: Reg.-Rat Skorianz Hans (2. 1.)

Landesverband Niederösterreich:

70 Jahre: Winkl. HR i. R. Univ.-Doz. Dipl.-Ing. Dr. Kossarz Walter

75 Jahre: Nagl Helene
80 Jahre: Postamtsekretär I. R. Nagl Franz

An dieser Ausgabe (FK 2/Juni 1987) haben mitgewirkt: Dir. Franz HAUF, Camillo HEGGER, Reg.-Rat Ing. Josef JARITZ, Vizepräs. i. R. Mag. Dr. Hubert JURASEK, OLGRL i. R. Mag. Dr. Josef KECKEIS, Robert R. POLLAK, OSR Anton SATTLER, Dir. I. R. Ing. Karl SCHREINER, Hanna TELTSCHER, Mag. Dr. Josef WINDISCH.

IMPRESSUM: Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber: Kuratorium der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten. Redaktion: OFR I. R. Mag. Dr. Josef WINDISCH. Verlags- und Erscheinungsort: Wien. Sitz des Medieninhabers, des Herausgebers, der Redaktion und der Verwaltung: Laubengasse 16, 1080 Wien, Tel. 43 11 44. Hersteller: Typographische Anstalt Ges. m. b. H., Muthgasse 58, 1190 Wien.